

### Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/006(VIII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 14.11.2024	Ratssaal	14:00Uhr	21:00Uhr

#### Tagesordnung:

##### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der 004. (VIII) Sitzung des Stadtrates am 17.10.2024 - öffentlicher Teil
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Kostenerhöhung zur Umsetzung des veränderten Raumnutzungskonzepts und zur Erweiterung der technischen Modernisierung und langfristigen Herstellung der Krisensicherheit der Feuerwache Süd, Otto-Lilienthal-Straße 5, 39120 Magdeburg  
BE: Oberbürgermeisterin DS0441/24
- 5.2 Ausgleichsbedarf der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG  
BE: Oberbürgermeisterin DS0464/24

5.2.1	Ausgleichsbedarf der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG Interfraktionell	DS0464/24/1
5.3	Besetzung der Auswahlkommission - Fortschreibung der Weihnachts- und Winterbeleuchtung BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	DS0455/24
5.3.1	Besetzung der Auswahlkommission - Fortschreibung der Weihnachts- und Winterbeleuchtung Kulturausschuss	DS0455/24/1
5.3.1.1	Besetzung der Auswahlkommission - Fortschreibung der Weihnachts- und Winterbeleuchtung Fraktion DIE LINKE	DS0455/24/1/1
5.3.2	Besetzung der Auswahlkommission - Fortschreibung der Weihnachts- und Winterbeleuchtung Interfraktionell	DS0455/24/2
5.3.3	Besetzung der Auswahlkommission - Fortschreibung der Weihnachts- und Winterbeleuchtung Fraktion DIE LINKE	DS0455/24/3
5.4	Keine Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für einzelne ambulante Händler und einzelne ambulante Gastronomen im Umfeld des Alten Marktes und des Domplatzes (sog. Bannmeile) BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	DS0458/24
5.5	Genehmigung der Annahme von Sponsoringleistungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	DS0505/24
5.6	Annahme einer Schenkung gemäß § 99 Abs. 6 KVG BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0519/24
5.7	Genehmigung der Annahme von Spenden gem. § 99 Abs.6 KVG- LSA BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0475/24
5.8	Beherbergungssteuersatzung BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0322/24
5.8.1	Beherbergungssteuersatzung Fraktion DIE LINKE	DS0322/24/1
5.8.1.1	Beherbergungssteuersatzung Fraktion DIE LINKE	DS0322/24/1/1
5.8.2	Beherbergungssteuersatzung CDU/FDP-Stadtratsfraktion	DS0322/24/2

5.8.3	Beherbergungsteuersatzung Interfraktionell	DS0322/24/3
5.9	Machbarkeitsstudie Salbker Seen BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0457/24
5.10	Anpassung der Gesamtkosten für die Investitionsmaßnahme Reaktivierung Industriehafen gegenüber dem Haushaltsplan 2024 BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0491/24
5.11	Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadtbibliothek Magdeburg BE: Bürgermeisterin	DS0299/24
5.12	Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Landeshauptstadt Magdeburg 2024 BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0430/24
5.13	Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis (DK) KiFöG für das Haushaltsjahr 2024 BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0476/24
5.14	Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis (DK) Hilfe zur Erziehung (HzE), Plankostenstelle 51510000 für das Haushaltsjahr 2024 BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0478/24
5.15	Angleichung der Strukturen der Beauftragten für Senioren, Integration und Menschen mit Beeinträchtigung / Schaffung eines hauptamtlichen Integrationsbeauftragten bzw. Seniorenbeauftragten in der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0434/24
5.15.1	Angleichung der Strukturen der Beauftragten für Senioren, Integration und Menschen mit Beeinträchtigung / Schaffung eines hauptamtlichen Integrationsbeauftragten bzw. Seniorenbeauftragten in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE	DS0434/24/1
5.16	Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis (DK) Sozialhilfe (SOZ) für das Haushaltsjahr 2024 BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0480/24
5.17	Finanzierung der Baumaßnahme Brücke Lüttgen-Salbker-Weg über die Gleise der DB AG / Hauptstrecke 6403 Magdeburg-Halle in Magdeburg, Überbauerneuerung Provisorium BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung	DS0439/24

5.18	<p>Originalgetreue Rekonstruktion der Oberseite der Anna-Ebert-Brücke über die Alte Elbe</p> <p>Teilprojekt: zeitlich vorgezogener Ersatzneubau der Stützwand unmittelbar nordöstlich</p> <p>hier: Einstellung der Baukosten für das Teilprojekt „Stützwandenerneuerung“ BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung</p>	DS0388/24
5.19	<p>Variantenentscheidung zur Umgestaltung des Straßenraums der Sudenburger Straße BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung</p>	DS0411/24
5.19.1	<p>Variantenentscheidung zur Umgestaltung des Straßenraums der Sudenburger Straße Fraktion GRÜNE/future!</p>	DS0411/24/1
5.20	<p>Variantenentscheidung zur Umgestaltung des Straßenraums der Freien Straße BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung</p>	DS0412/24
5.20.1	<p>Variantenentscheidung zur Umgestaltung des Straßenraums der Freien Straße Fraktion GRÜNE/future!</p>	DS0412/24/1
5.21	<p>Finanzierung der Baumaßnahme Radweg Kirschweg - Lückenschluss zwischen Kirschweg/Lilienweg und Hermann-Hesse-Straße BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung</p>	DS0410/24
5.22	<p>Grundsatzbeschluss zum Planungsbeginn von fünf Ersatzneubauten (ENB) und dem Rückbau eines Fußgängertunnels im Zuge Magdeburger Ringes: 1. ENB MD-Ringbrücken über Wiener Straße 2. Rückbau MD-Fußgängertunnel im Bereich Buckauer Straße 3. ENB MD-Ringbrücke über Lemsdorfer Weg / Fermersleber Weg 4. ENB MD-Ringbrücke über Liebknechtstraße 5. MD-Ringbrücke über Brenneckestraße 6. MD-Ringbrücke über Klinke im Bereich Ackerstraße BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung</p>	DS0465/24
5.22.1	<p>Grundsatzbeschluss zum Planungsbeginn von fünf Ersatzneubauten (ENB) und dem Rückbau eines Fußgängertunnels im Zuge Magdeburger Ringes: 1. ENB MD-Ringbrücken über Wiener Straße 2. Rückbau MD-Fußgängertunnel im Bereich Buckauer Straße 3. ENB MD-Ringbrücke über Lemsdorfer Weg / Fermersleber Weg 4. ENB MD-Ringbrücke über Liebknechtstraße 5. MD-Ringbrücke über Brenneckestraße 6. MD-Ringbrücke über Klinke im Bereich Ackerstraße Fraktion GRÜNE/future!</p>	DS0465/24/1

5.23	Varianteentscheidung zur Umgestaltung der Schönebecker Straße zwischen Bleckenburgstraße und den Haltestellen Thiemplatz BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung WV v. 17.08.2023	DS0474/22
5.23.1	Varianteentscheidung zur Umgestaltung der Schönebecker Straße zwischen Bleckenburgstraße und den Haltestellen Thiemplatz Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz (VII. WP) WV v. 17.08.2023	DS0474/22/1
5.23.2	Varianteentscheidung zur Umgestaltung der Schönebecker Straße zwischen Bleckenburgstraße und den Haltestellen Thiemplatz Ausschuss StBV WV v. 17.08.2023	DS0474/22/2
5.23.3	Varianteentscheidung zur Umgestaltung der Schönebecker Straße zwischen Bleckenburgstraße und den Haltestellen Thiemplatz Fraktion AfD WV v. 17.08.2023	DS0474/22/2/1
5.23.4	Varianteentscheidung zur Umgestaltung der Schönebecker Straße zwischen Bleckenburgstraße und den Haltestellen Thiemplatz Oberbürgermeisterin	DS0474/22/3
5.24	1. Änderungssatzung zur Sondernutzungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 29.11.2007 BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung	DS0342/24
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Aufwertung der Abfallbehälter/Papierkörbe Fraktion FDP/Tierschutzpartei (VII. WP) WV v. 07.03.2024	A0048/24
6.1.1	Aufwertung der Abfallbehälter/Papierkörbe CDU/FDP-Stadtratsfraktion	A0048/24/1
6.1.2	Aufwertung der Abfallbehälter/Papierkörbe	S0188/24
6.2	Ganzjährige Außengastronomie Fraktion GRÜNE/future! (VII. WP) WV v. 18.01.2024	A0296/23
6.2.1	Ganzjährige Außengastronomie	S0370/24
6.3	Unterstützung für die Jugendkunstschule Fraktion DIE LINKE (VII. WP) WV v. 04.04.2024	A0095/24
6.3.1	Unterstützung für die Jugendkunstschule	S0274/24

6.4	Baugebundene Glaskunst in und aus Magdeburg Fraktion DIE LINKE (VII. WP) WV v. 04.04.2024	A0098/24
6.4.1	Baugebundene Glaskunst in und aus Magdeburg Kulturausschuss	A0098/24/1
6.4.2	Baugebundene Glaskunst in und aus Magdeburg	S0366/24
6.5	Gegen das Vergessen - Umsetzung und Schaffung eines dauerhaften Gedenkortes und Pflege Fraktion DIE LINKE (VII. WP) WV v. 02.05.2024	A0118/24
6.5.1	Gegen das Vergessen - Umsetzung und Schaffung eines dauerhaften Gedenkortes und Pflege	S0360/24
6.6	Für bezahlbaren Wohnraum sozialen Wohnungs(neu)bau wieder aufnehmen – Gebäudetyp E unterstützen SPD-Stadtratsfraktion (VII. WP) WV v. 02.05.2024	A0126/24
6.6.1	Für bezahlbaren Wohnraum sozialen Wohnungs(neu)bau wieder aufnehmen – Gebäudetyp E unterstützen Ausschuss StBV	A0126/24/1
6.6.2	Für bezahlbaren Wohnraum sozialen Wohnungs(neu)bau wieder aufnehmen – Gebäudetyp E unterstützen	S0283/24
6.7	Baustellenkoordination Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz (VII. WP) WV v. 02.05.2024	A0129/24
6.7.1	Baustellenkoordination	S0385/24
6.8	Verbesserung der Verkehrssituation in der Harsdorfer Straße Fraktion Tierschutzpartei WV v. 15.08.2024	A0167/24
6.8.1	Verbesserung der Verkehrssituation in der Harsdorfer Straße	S0423/24
6.9	Schulwegsicherheit Westerhüsen Fraktion Gartenpartei WV v. 15.08.2024	A0169/24
6.9.1	Schulwegsicherheit Westerhüsen	S0400/24

6.10	Erhalt des Turmpark für derzeitige Nutzung Fraktion Gartenpartei WV v. 15.08.2024	A0170/24
6.10.1	Erhalt des Turmpark für derzeitige Nutzung	S0428/24
6.11	Alt Westerhüsen, Zackmünder bis Sohlener Straße: Tempo 30 von 22- 08 Uhr Fraktion Gartenpartei WV v. 15.08.2024	A0173/24
6.11.1	Alt Westerhüsen, Zackmünder bis Sohlener Straße: Tempo 30 von 22- 08 Uhr	S0407/24
6.12	Verkehrssicherheit durch Straßenmarkierungen im Kreuzungsbereich verbessern CDU/FDP-Stadtratsfraktion WV v. 15.08.2024	A0179/24
6.12.1	Verkehrssicherheit durch Straßenmarkierungen im Kreuzungsbereich verbessern CDU/FDP-Stadtratsfraktion	A0179/24/1
6.12.2	Verkehrssicherheit durch Straßenmarkierungen im Kreuzungsbereich verbessern	S0401/24
6.13	Farbgebung der neuen Strombrückenverlängerung CDU/FDP-Stadtratsfraktion WV v. 15.08.2024	A0181/24
6.13.1	Farbgebung der neuen Strombrückenverlängerung CDU/FDP-Stadtratsfraktion	A0181/24/1
6.13.2	Farbgebung der neuen Strombrückenverlängerung Finanz- und Grundstücksausschuss	A0181/24/2
6.13.3	Farbgebung der neuen Strombrückenverlängerung	S0378/24
6.14	Nachtfahrverbot für Mähroboter Fraktion FDP/Tierschutzpartei (VII. WP) WV v. 02.05.2024	A0113/24
6.14.1	Nachtfahrverbot für Mähroboter Interfraktionell	A0113/24/1
6.14.2	Nachtfahrverbot für Mähroboter	S0290/24

6.15	Den Hasselbachplatz ganzheitlich entwickeln – Persepektiven für Gewerbetreibende und die Stadtgesellschaft bieten! Fraktion DIE LINKE (VII. WP) WV v. 02.05.2024	A0099/24
6.15.1	Den Hasselbachplatz ganzheitlich entwickeln – Persepektiven für Gewerbetreibende und die Stadtgesellschaft bieten!	S0338/24
6.16	Einführung des Deutschland-Tickets als Jobticket für Beschäftigte der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion (VII. WP) WV v. 02.05.2024	A0128/24
6.16.1	Einführung des Deutschland-Tickets als Jobticket für Beschäftigte der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion GRÜNE/future! (VII. WP) WV v. 02.05.2024	A0128/24/1
6.16.2	Einführung des Deutschland-Tickets als Jobticket für Beschäftigte der Landeshauptstadt Magdeburg	S0265/24
6.17	Freiwillige Feuerwehr Magdeburg- Olvenstedt Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz (VII. WP) WV v. 25.05.2023	A0112/23
6.17.1	Freiwillige Feuerwehr Magdeburg- Olvenstedt	S0288/23
6.18	Verbesserung Verkehrsinformationen CDU-Ratsfraktion (VII: Wahlperiode) WV v. 05.02.2024	A0034/24
6.18.1	Verbesserung Verkehrsinformation	S0412/24
6.19	Ermäßigter Eintritt für Freiwillige des BFD in städtischen Einrichtungen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz (VII. Wahlperiode) WV v. 04.04.2024	A0081/24
6.19.1	Ermäßigter Eintritt für Freiwillige des BFD in städtischen Einrichtungen Kulturausschuss	A0081/24/1
6.19.2	Ermäßigter Eintritt für Freiwillige des BFD in städtischen Einrichtungen	S0332/24



## Neuanträge

6.20	Reparieren statt kassieren! Fraktion Gartenpartei	A0241/24
6.21	Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg beenden Fraktion AfD	A0242/24
6.22	Tempo 30 in der Kritzmannstraße Fraktion Gartenpartei	A0243/24
6.22.1	Tempo 30 in der Kritzmannstraße Fraktion GRÜNE/future!	A0243/24/1
6.23	Vollzeitäquivalente für den Aufgabenbereich „Gender Mainstreaming“ einsparen! Fraktion AfD	A0244/24
6.24	Otto-Hotspot in der Lakenmacher-Halle Fraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt	A0240/24
6.25	Sparausschuss bilden - Einsparpotenziale identifizieren Fraktion AfD	A0245/24
6.26	Erweiterte Realität für den Breiten Weg Fraktion AfD	A0246/24
6.27	Barrierefreie Veranstaltungen in Magdeburg – Verleih überfahrbarer Kabelbrücken Fraktion Grüne/future!	A0247/24
6.28	Evaluierung und Überarbeitung der Fachförderrichtlinie zur Unterstützung der Migrantenorganisationen Fraktion Grüne/future!	A0248/24
6.28.1	Evaluierung und Überarbeitung der Fachförderrichtlinie zur Unterstützung der Migrantenorganisationen Fraktion AfD	A0248/24/1
6.29	Magdeburg spricht miteinander – Austausch in Magdeburg fördern Fraktion Grüne/future!	A0249/24
6.30	Wiederbenennung von Buttergasse und Spiegelbrücke Fraktion Grüne/future!	A0250/24
6.31	Neue Formen der Begrünung der Freiflächen in Kitas und Schulen Fraktion Grüne/future!	A0251/24
6.32	Beirat für Menschen mit Behinderung Fraktion Grüne/future!	A0252/24

6.33	Illegalen Moscheebetrieb unterbinden! Fraktion AfD	A0253/24
6.34	Satzungsänderung Seniorenbeirat CDU/FDP- Stadtratsfraktion	A0255/24
6.35	Wie weiter mit dem Kaiser-Otto-Fest? CDU/FDP- Stadtratsfraktion	A0256/24
6.36	Ein Zeichen für mehr Familienfreundlichkeit in Magdeburg CDU/FDP- Stadtratsfraktion	A0257/24
6.37	Umgang mit der landeseigenen Marina im Bereich des B-Plans Fahlberglis Fraktion Tierschutzpartei	A0254/24
6.38	Einbeziehung der Ideen der Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule "Thomas Mann" in die Schulumfeldgestaltung entlang der Cracauer Straße Fraktion Tierschutzpartei	A0258/24
6.39	Planreife für sämtliche Bauabschnitte gemäß §33 BauGB, B-Plan Nr. 483-5 "ehemaliges RAW- Gelände" Fraktion Gartenpartei	A0261/24
6.39.1	Planreife für den 2. Bauabschnitt gemäß §33 BauGB, B-Plan Nr. 483-5 "ehemaliges RAW- Gelände" Fraktion Gartenpartei	A0261/24/1
6.40	Öffnungszeiten des Kundenzentrums der MVB einwohner:innennah gestalten Fraktion DIE LINKE	A0262/24
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
8.1	Öffnung Nadelöhrgasse / Milderung Hinterhofsituation Nordseite Alter Markt SR Meister	F0313/24
8.2	Sprechstunden der Oberbürgermeisterin mit Kindern und Jugendlichen SR in Anger	F0314/24
8.3	Überlastung und Überbelegung: Kann im Kinder- und Jugendnotdienst noch für Schutz gesorgt werden? Zur aktuellen Lage im Kinder- und Jugendnotdienst - KJND. SR in Anger	F0315/24

8.4	Stand Bebauungsplan Plan Nr. 349-6 SR Buller	F0318/24
8.5	Parkplatzsituation für Anwohner der Weitlingstraße nach Wegfall des Parkplatzes Listemannstraße SR Buller	F0319/24
8.6	Nutzung städtischer Ateliers für Bildende Kunst in der Tessenowstraße als Möbelwerkstatt SR Guderjahn	F0320/24
8.7	Beeinflussung der gesetzlichen Hilfsfristen durch Berliner Kissen? SR Mertens	F0321/24
8.8	Verzögerte Entscheidung zu den Kommunalwahlbereichen? SR Mertens	F0322/24
8.9	Sport, Stadt, Steuern? SR Guderjahn	F0323/24
8.10	zu fehlender Stellungnahme SR Rupsch	F0326/24
8.11	Installation Zaunanlage Spielplatz Käseglocke SR Rupsch	F0327/24
8.12	Sachstand zur Sanierung von Straßen und Brücken SR`n Schumann	F0328/24
8.13	Sachstand Countdown-Ampel SR Heynemann	F0329/24
8.14	Sachstand Schulwegsicherheit SR`n Middendorf	F0330/24
8.15	Einbürgerungen und Jubiläen der Stadt Magdeburg SR`n Middendorf	F0331/24
8.16	Mietspiegel und Unterkunftsrichtlinie SR Jannack	F0332/24
8.17	Folgen der AOC Insolvenz für die Landeshauptstadt Magdeburg SR Jannack	F0339/24
8.18	Personalsituation im Dezernat V SR`n Grotjohann	F0333/24
8.19	Umsetzungskontrolle Strukturelle Radverkehrsförderung (Übersicht: 2024) SR`n Linke	F0334/24
8.20	Magdeburger Reiter SR Meister	F0335/24

8.21	Feuerwehr abgebrannt- Wie steht es um die Sicherung unserer Feuerwehrrhäuser? SR Zander	F0336/24
8.22	Ehemaliger Bauhof am Winterhafen SR Biswanger	F0324/24
8.23	Finanzielle Zuweisungen an die MVB SR Biswanger	F0325/24
8.24	Übersicht der Lager-Orte für städtische Kunstobjekte SR Müller	F0337/24
8.25	Kostenaufstellung und -begründung für den Büro-Umzug der Kulturbeigeordneten Stieler-Hinz in Zeiten knapper Kassen SR Müller	F0338/24
9	Informationsvorlagen	
9.1	Information zur Berichterstattung des Beirates für Integration/Integrationsbeauftragten für das Jahr 2023 (ab 16.15 Uhr) BE: Integrationsbeauftragter Herr Blau	I0215/24
9.2	Weihnachtsstraßenbahn	I0194/24
9.3	Bezahlbare Mieten sichern - Mietsteigerungen eindämmen!	I0219/24
9.4	Energiewende vorantreiben – Kommune und Bürger*innen profitieren	I0203/24
9.5	Regierungsentwurf des Jahressteuergesetzes 2024 mit erneuter Verlängerung der Anwendung des alten Umsatzsteuerrechts für juristische Personen öffentlichen Rechts (jPöR)	I0212/24
9.6	Brauchtum stärken - Weihnachtsbaumverbrennen erlauben	I0258/24
9.7	Wiederkehr der Ampelfrauen	I0197/24
9.8	Ertüchtigung des Informationsportals "Movi"	I0207/24
9.9	Markierung eines Fahrradweges	I0222/24
9.10	Zickzacklinien vor abgesenkten Bordsteinen und Bushaltestellen	I0224/24

## Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

---

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schwenke eröffnet die 006.(VIII) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, die Oberbürgermeisterin, die Gäste, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, Medienvertreter und Medienvertreterinnen. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeisterin	1		
zu Beginn anwesend	42	“	“
maximal anwesend	52	“	“
entschuldigt	5	“	“
unentschuldigt	-		

2. Bestätigung der Tagesordnung
- 

### 1.Erweiterung der TO

Antrag der Oberbürgermeisterin

DS0342/24  
 1. Änderungssatzung zur  
 Sondernutzungsgebührensatzung der  
 Landeshauptstadt Magdeburg vom 29.11.2007

BE: Beigeordneter für Umwelt und  
 Stadtentwicklung

(mit 2/3 Mehrheit als TOP 5.24)

Antrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion DS0535/24  
Ehrung gemäß Ehrenbürgersatzung der Landeshauptstadt Magdeburg

BE: Oberbürgermeisterin

(mit 2/3 Mehrheit als TOP 12.3)

## **2.Zurückgezogene/zurückgestellte TOP**

Der TOP 6.1 – A0048/24 – wird von der CDU/FDP Stadtratsfraktion **zurückgestellt**.

Der TOP 6.8 – A0167/24 – wird von der Fraktion Tierschutzpartei **zurückgestellt**.

Die TOP 6.3 – A0095/24 und 6.5 – A0098/24 werden von der Fraktion DIE LINKE **zurückgestellt**.

Der TOP 6.19 – A0081/24 - wird von der Fraktion Gartenpartei von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der TOP 6.15 – A0099/24 – wird von der Fraktion DIE LINKE von der heutigen Tagesordnung **zurückgestellt**.

## **2.Hinweise zur Tagesordnung:**

Der Antrag A0214/24 – TOP 14.1 ist ein interfraktioneller Antrag.

Die redaktionell geänderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

## **Persönliche Erklärung des Stadtrates Rupsch, CDU/FDP Stadtratsfraktion**

Stadtrat Rupsch, CDU/FDP Stadtratsfraktion, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 1)**

3. Bestätigung der Niederschrift der 004. (VIII) Sitzung des Stadtrates am 17.10.2024 - öffentlicher Teil
- 

### **Änderungen zur Niederschrift der 004.(VIII) Sitzung des Stadtrates am 17.10.2024 - öffentlicher Teil**

Auf der Seite 52 muss es unter TOP 7.4 im 7. Absatz richtig heißen:

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei, bringt den GO-Antrag – Zurückverweis des Antrages A0089/24 in die ~~Verwaltung und Prüfung der Ampelphase~~ **in die Ausschüsse StBV und FG** ein.

Als 8. Absatz auf der Seite 52 wird ergänzt:

**Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Belas, weist darauf hin, dass nur der GO-Antrag, Rücküberweisung, abgestimmt werden kann und nicht der Prüfantrag zur Veränderung der Ampelphase.**

Der letzte Absatz auf der Seite 52 muss lauten:

Der GO-Antrag - Zurückverweis des Antrages A0089/24 in die ~~Verwaltung und Prüfung der Ampelphase~~ **Ausschüsse StBV, FG** wird abgelehnt.

Auf der Seite 53 muss der 2. Absatz lauten:

Stadtrat Zander, **Fraktion Gartenpartei, weist als ehemaliges** Mitglied im Ausschuss StBV, **auf die dort geführte Diskussion und die Problematik der Verkehrsführung für die Straßenbahn, schon während der Planungsphase hin** und merkt an, dass es ein weiteres Problem dieser Art in Salbke gibt.

### **Änderungen zur Niederschrift der 005.(VIII) Sitzung des Stadtrates am 21.10.2024 - öffentlicher Teil**

Auf der Seite 5 muss es unter TOP 1 richtig lauten:

Der ~~1. stellv.~~ Vorsitzende des Stadtrates Herr ~~Dr. Belas~~ **Schwenke** eröffnet die 005.(VIII) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, die Oberbürgermeisterin, die Gäste, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, Medienvertreter und Medienvertreterinnen. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf der Seite 11 muss der 5. Absatz unter TOP 7.15 richtig lauten:

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander ~~fordert die rät~~ der CDU/FDP Stadtratsfraktion ~~auf~~, den unter dem TOP 7.38 vorliegenden Antrag A0234/24 zurückzuziehen.

Die redaktionell geänderten Niederschriften der 004/005. (VIII) Sitzung des Stadtrates am 17./21.10.2024 – öffentlicher Teil – werden vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 

Die vorliegende Information wird zur Kenntnis genommen.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 

- 5.1. Kostenerhöhung zur Umsetzung des veränderten Raumnutzungskonzepts und zur Erweiterung der technischen Modernisierung und langfristigen Herstellung der Krisensicherheit der Feuerwache Süd, Otto-Lilienthal-Straße 5, 39120 Magdeburg DS0441/24  
BE: Oberbürgermeisterin
- 

Die Ausschüsse KRB und FG und der BA KGM empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 172-006(VIII)24

1. Die Realisierung des veränderten Raumnutzungskonzeptes (gemäß der DS0047/18) sowie der Herstellung der Krisensicherheit in der FW Süd, Otto-Lilienthal-Straße 5, 39120 Magdeburg, wird mit einem veränderten Gesamtkostenvolumen von 5.453.900,00 Euro (brutto), statt ursprünglich 3.553.900,00 Euro (brutto) Euro, beschlossen.
2. Der zur Realisierung der Gesamtmaßnahme erforderliche investive Mehrbedarf i. H. v. 1.900.000,00 Euro (brutto) wird mit einer Höhe von 900.000,00 Euro (brutto) in den Haushaltsplan 2025 und in einer Höhe von 1.000.000,00 Euro (brutto) in den Haushaltsplan 2026 eingestellt.



3. Damit 2025 für Bauleistungen die Vergabeverfahren durchgeführt werden können, wird im Haushaltsplan 2025 eine VE in Höhe von 1.000.000,00 Euro (brutto) eingestellt.
4. Der Eb KGm wird mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

5.2.           Ausgleichsbedarf der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH &           DS0464/24  
                  Co. KG  

---

                  BE: Oberbürgermeisterin

Die Ausschüsse FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris erklärt, dass es unabdingbar sei, einige Worte zum Thema zu sagen. Sie betont, dass das Thema viele Menschen anspreche, insbesondere auch die Mitarbeitenden der MVB, weshalb sie ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen wolle, dass die vorliegende Drucksache offenbar bei vielen Ängste und Sorgen ausgelöst habe. Die Oberbürgermeisterin Frau Borris erklärt, dass sie die Hoffnung habe, mit ihren klaren Aussagen Befürchtungen bezüglich eines beabsichtigten Personalabbaus ausgeräumt zu haben.

In diesem Zusammenhang berichtet sie, dass sie vor Kurzem selbst eine Straßenbahn steuern durfte und dadurch erfahren habe, wie herausfordernd die Arbeit der Straßenbahnfahrerinnen und -fahrer sei. Diese hätten es mit schwierigen Verkehrsbedingungen, dem Wetter und zahlreichen Baustellen zu tun, weshalb sie den größten Respekt vor deren Arbeit habe.

Trotz alledem zeigt Frau Borris Verständnis für die vorherrschende Angst, die auf historischen Erfahrungen beruhe. In der Vergangenheit habe es schon einmal Bemühungen gegeben, das Unternehmen auf Optimierungspotenziale zu untersuchen, was letztlich zu einem Personalabbau geführt habe. Dies könne die derzeitige Verunsicherung erklären.

Frau Borris erklärt, dass es im Kern darum gehe, dass der Ausgleichsbedarf der Stadt für die MVB enorm steige, wie anhand der vorliegenden Zahlen ersichtlich sei. Zwar müsse man auch an Bund und Land appellieren, die Stadt finanziell zu unterstützen. Sie halte es jedoch aufgrund der aktuellen finanziellen Gesamtsituation der Stadt für legitim, die bezahlte Leistung zu hinterfragen und nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen. Dies sei besonders wichtig vor dem Hintergrund eines zukunftsfähigen ÖPNV. Im Weiteren betont Frau Borris, dass es nicht um kurzfristige Perspektiven von 12 oder 24 Monaten gehe, sondern um eine langfristige Betrachtung der Kostenentwicklung und möglicher Lösungen.

Im Rahmen ihrer weiteren Ausführungen erklärt die Oberbürgermeisterin, dass die Beauftragung ausschließlich darauf abziele, Handlungsoptionen zu erarbeiten und Optimierungspotenziale zu identifizieren. Sie macht deutlich, dass eine zukünftige strategische Ausrichtung ohnehin nur mit Blick auf noch unbekanntes technische, demografische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfolgen kann. Es sei wichtig, zukunftsorientiert zu denken und langfristige Diskussionen zu führen.

Frau Borris informiert in diesem Zusammenhang, dass die Geschäftsführerin der MVB, Frau Münster-Rendel, dargelegt habe, welche Erweiterungen des ÖPNV möglicherweise notwendig seien. Darüber müsse diskutiert werden, auch darüber, welche Varianten und Möglichkeiten realistisch sind.

Vor dem Hintergrund der durch eine sogenannte Fahrgastinformation geschürten Ängste, die auch zu einer Versammlung geführt hatten, unterstütze sie den interfraktionellen Änderungsantrag. Dieser dokumentiere nochmals, dass kein Personalabbau geplant sei. Sollte dieser Änderungsantrag mehr Sicherheit geben, als ihre bereits zweimal öffentlich geäußerte Aussage, unterstütze sie diesen.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris erklärt im Weiteren, dass ihr ein Punkt sehr wichtig sei und bittet darum, zumindest die Möglichkeit einer Untersuchung offenzulassen, um Empfehlungen zu Taktungen und Auslastungen der Straßenbahnen zu erhalten. Dabei müsse auch die Frage betrachtet werden, ob die Straßenbahn in entlegeneren Bereichen die beste Lösung darstelle oder ob Alternativen denkbar seien.

Abschließend erklärt sie, dass sie auch den zweiten Punkt des Änderungsantrags unterstütze, da ein erhöhter Koordinierungsbedarf bei Baustellen bestehe. Sie präzisierte jedoch, dass es nicht um die Ausarbeitung eines Konzepts, sondern lediglich um Handlungsempfehlungen gehe und dafür maximal 40.000 Euro eingeplant werden sollten. Diese Empfehlungen sollten in Zusammenarbeit mit den internen organisatorischen Untersuchungen des Unternehmens selbst geführt werden.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bringt den interfraktionellen Änderungsantrag DS0464/24/1 erläuternd ein. Sie bedauert im Weiteren, dass im Vorfeld der vorliegenden Drucksache keine Gespräche mit der MVB Geschäftsführung und dem Betriebsrat geführt wurden. Sie bittet darum, dies schnellstmöglich nachzuholen. Abschließend beantragt sie die punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag.

Stadtrat Biswanger, Fraktion DIE LINKE, zeigt sich ebenfalls irritiert, dass die vorliegende Drucksache nicht mit dem Betriebsrat der MVB besprochen wurde. Er zeigt sich im Weiteren verwundert, dass externe Berater eingesetzt werden sollen.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris stellt klar, dass die Empfehlungen der externen Berater dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses FG Stadträtin Middendorf informiert über die Diskussion im Ausschuss und bemängelt ebenfalls die fehlende Kommunikation mit der MVB in dieser Angelegenheit. In ihrer Eigenschaft als Mitglied der CDU/FDP Stadtratsfraktion bezeichnet sie den vorliegenden Änderungsantrag DS0464/24/1 als nicht zielführend und plädiert dafür, die Handlungsoptionen der externen Berater abzuwarten. Sie bittet um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Stadtrat Mertens, Fraktion AfD, nimmt zur vorliegenden Drucksache umfassend Stellung und bezeichnet dabei die Lage der MVB als ernst. Er führt weiter aus, dass die Tendenz zeige, dass sich die Zuschüsse weiter erhöhen werden und geht auf die Frage möglicher Einsparungspotentiale ein. Abschließend signalisiert er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Der Vorsitzende der CDU/FDP Stadtratsfraktion Stadtrat Rohne spricht sich ebenfalls im Namen seiner Fraktion für die Annahme der Drucksache DS0464/24 und die Ablehnung des interfraktionellen Änderungsantrages DS0464/24/1 aus.

Die Vorsitzende der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt Stadträtin Keune erläutert die Intention des interfraktionellen Änderungsantrages DS0464/24/1 und merkt an, dass die MVB weiterentwickelt werden müssen.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke macht deutlich, dass der ÖPNV das Rückgrat des Umweltverbundes ist und es eine Daseinsfürsorge gäbe. Sie erklärt aber auch, dass die MVB niemals schwarze Zahlen schreiben werden.

Stadtrat Dr. Grube, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, spricht sich ebenfalls für einen gut funktionierenden Nahverkehr aus und wirbt in seinen Ausführungen für die Annahme des interfraktionellen Änderungsantrages.

Der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future! Stadtrat Meister macht ebenfalls erläuternde Ausführungen zur Zielstellung des interfraktionellen Änderungsantrages.

Im Rahmen der weiteren Diskussion wirft Stadtrat Biswanger, Fraktion DIE LINKE, die Frage auf, wer die Leidtragenden seien, wenn die Taktungen der Straßenbahnen geändert werden.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander kann die hier geführte Diskussion nicht nachvollziehen und erinnert an die klaren Aussagen der Oberbürgermeisterin, dass es nicht darum gehe, Personal einzusparen, sondern nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen. Er argumentiert vehement gegen die Annahme des interfraktionellen Änderungsantrages.

Stadträtin Dr. Bettecken, CDU/FDP Stadtratsfraktion, geht auf die Entwicklung der steigenden Zuschüsse seit dem Jahr 2014 ein und hält es für völlig legitim, nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen. Sie signalisiert ihre Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Abschließend spricht sich Stadtrat Rupsch, CDU/FDP Stadtratsfraktion, umfassend für die Annahme der Drucksache aus.

Es erfolgt die punktweise Abstimmung zum vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrag DS0464/24/1.

Der Stadtrat **beschließt** mit 15 Ja-, 31 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Der Punkt 1

Der gesamte Änderungsantrag soll die Drucksache wie folgt ersetzen:

- 1.) Zur Identifikation von Effizienzen, Optimierungen und möglichen finanziellen Einsparungen ohne die Einsparung von Personal, Fahrkilometern, Linien, Neuausgründungen und vereinbarten Takten soll eine externe Dienstleistungsfirma durch die MVB beauftragt werden und durch die Landeshauptstadt Magdeburg bis zu einem Betrag von maximal 100.000€ finanziert werden. Dabei soll untersucht werden, wie man bestimmte Dinge und Strukturen im Rahmen der existierenden Struktur verbessern kann. Das Konzept der externen Dienstleistungsfirma soll bis zum 30.06.2025 vorliegen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 22 Ja-, 27 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Punkt 12

Der gesamte Änderungsantrag soll die Drucksache wie folgt ersetzen:

- 2.) Weiterhin wird die Oberbürgermeisterin durch den Stadtrat beauftragt, über die Gesellschafterversammlung der MVB die Bestellung eines technischen Geschäftsführers im Unternehmen vorzubereiten und schnellstmöglich umzusetzen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 31 Ja-, 19 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 173-006(VIII)24

Im Zusammenhang mit dem von der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG (MVB) für die nächsten Jahre avisierten, deutlich erhöhten Ausgleichsbedarf im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA), beauftragt der Stadtrat die Oberbürgermeisterin:

- mit der Evaluierung der Ursachen für diese Entwicklung,
- mit der Aufzeigung von Handlungsoptionen hinsichtlich zukünftiger strategischer Entscheidungen für den ÖPNV in der Landeshauptstadt Magdeburg,
- sowie mit der Identifizierung möglicher Optimierungspotentiale unter den aktuellen Rahmenbedingungen.

Der Stadtrat ermächtigt die Oberbürgermeisterin zur Unterstützung mit der Beauftragung eines externen Beratungsunternehmens.

5.3. Besetzung der Auswahlkommission - Fortschreibung der Weihnachts- und Winterbeleuchtung DS0455/24

BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung

---

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0455/24/1.

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung in geänderter Form.

Der Ausschuss WTR empfiehlt die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0455/24/1 des Kulturausschusses
- Änderungsantrag DS0455/24/1/1 der Fraktion DIE LINKE
- Interfraktioneller Änderungsantrag DS0455/24/2
- Änderungsantrag DS0455/24/3 der Fraktion DIE LINKE

Für die Projektgruppe werden folgende Vertreter der Fraktionen des Stadtrates benannt:

- Stadtrat Rainer Buller - Fraktion Gartenpartei
- Stadtrat Stephan Papenbreer - Fraktion Tierschutzpartei
- Stadtrat Bublitz - Fraktion Grüne/future!
- Stadtrat Ulf Steinforth - CDU/FDP Stadtratsfraktion

Der FBL 32 Herr vom Baur, in Vertretung des Beigeordneten für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herrn Krug, bringt die Drucksache DS0455/24 erläuternd ein und gibt den Hinweis, dass die Projektgruppe nichts Neues sei und es diese bereits in den Jahren 2018 und 2019 gab. Bezüglich der vorliegenden Änderungsanträge erklärt er, dass diese bis auf den Änderungsantrag DS0455/24/3 unproblematisch wären, dieser aber die Projektgruppe sprengen würde.

Stadtrat Bublitz, Fraktion Grüne/future!, bringt den interfraktionellen Änderungsantrag DS0455/24/2 ein und merkt im Weiteren an, dass seine Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag DS0455/24/3 ebenfalls kritisch sieht. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0455/24.

Stadträtin Anger, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag DS0455/24/3 ein und erläutert die Zielstellung.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Kumpf unterstützt im Namen seiner Fraktion den interfraktionellen Änderungsantrag DS0455/24/2 und den Änderungsantrag DS0455/24/1 des Kulturausschusses. Er signalisiert die Ablehnung zu den Änderungsanträgen DS0455/24/1/1 und DS0455/24/3 der Fraktion DIE LINKE.

Der Vorsitzende der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Stadtrat Rohne nimmt zu den vorliegenden Änderungsanträgen Stellung und vertritt die Auffassung, dass es genug Gremien und Beteiligungen zu Kulturangelegenheiten gibt.

Der Geschäftsführer der Weihnachtsmarkt GmbH Herr Stieger erhält das Rederecht und nimmt zur Thematik Stellung. Er teilt mit, dass es eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zur Auswahl der Lichtelemente gibt und über diese Entwürfe die Auswahlkommission dann entscheiden soll. Herr Stieger macht im Weiteren Ausführungen zur Auswahl der Lichtelemente und wirbt für die Annahme der vorliegenden Änderungsanträge DS0455/24/1, DS0455/24/1/1 und DS0455/24/2 und für die Ablehnung des Änderungsantrages DS0455/24/3.

Stadtrat Dr. Grube, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Weiterentwicklung der Licherwelt aus und merkt an, dass über das Beteiligungsportal die Auswahl der Lichtelemente getroffen werden soll.

Abschließend erläutert Stadtrat Anger, Fraktion DIE LINKE, nochmals die Intention des Änderungsantrages DS0455/24/3.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 5 Ja-, 40 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0455/24/3 der Fraktion DIE LINKE –

Die Drucksache erfährt folgende Änderung:

1. Die Verwaltung ~~Eine Projektgruppe~~ prüft die zur Auswahl eines geeigneten Lichtelementes zur Erweiterung der Lichterwelt ~~wird gebildet~~ und erstellt eine Übersicht für die Auswahlkommission.

2. Für die Auswahl des Lichtelementes ~~durch die Bewertungskommission~~ **werden die Sprecher:innen der GWA als Auswahlkommission eingesetzt. Diese treffen auf Grundlage der Übersicht eine verbindliche Entscheidung. Der Beigeordnete I ist für die Begleitung der Auswahl entsprechend einzubinden.** ~~ist das in der Begründung beschriebene Verfahren durchzuführen.~~

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem interfraktionellem Änderungsantrag DS0455/24/2 **beschließt** der Stadtrat mit 29 Ja-, 15 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Die Drucksache wird unter Punkt 3 wie folgt ergänzt:

Nach Abschluss der Beratungen wird durch die Projektgruppe eine Auswahl geeigneter Leuchtelemente für die Erweiterung der Lichterwelt getroffen.

Abschließend erfolgt die endgültige Festlegung des neuen Lichtelements durch eine Online-Bürgerbeteiligung über das Beteiligungsportal der Landeshauptstadt Magdeburg.

Der Änderungsantrag DS0455/24/1/1 wird von Stadträtin Anger, Fraktion DIE LINKE, **zurückgezogen**.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0455/24/1 des Ausschusses K **beschließt** der Stadtrat mit 35 Ja-, 3 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Der Punkt 1 „Bewertungsverfahren“ der Begründung wird wie folgt ergänzt:

Die Projektgruppe prüft, ob geeignete Vorschläge aus dem Ideenwettbewerb eingegangen sind. Dabei erfolgt eine Überprüfung auf:

- Funktionalität
- Einhaltung der Vorgaben des Ideenwettbewerbs
- Inhaltliche Beschreibung

*Vor Tagung der Projektgruppe werden die eingereichten Vorschläge dem Kulturausschuss zur Beratung vorgestellt.*

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge mit 44 Ja-, 0 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

#### Beschluss-Nr. 174-006(VIII)24

1. Eine Projektgruppe zur Auswahl eines geeigneten Lichtelementes zur Erweiterung der Lichterwelt wird gebildet (Auswahlkommission).

2. Für die Auswahl des Lichtelementes durch die Bewertungskommission ist das in der Begründung beschriebene Verfahren durchzuführen.
3. Nach Abschluss der Beratungen wird durch die Projektgruppe eine Auswahl geeigneter Leuchtelemente für die Erweiterung der Licherwelt getroffen.  
Abschließend erfolgt die endgültige Festlegung des neuen Lichtelements durch eine Online-Bürgerbeteiligung über das Beteiligungsportal der Landeshauptstadt Magdeburg.

5.4. Keine Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für einzelne ambulante Händler und einzelne ambulante Gastronomen im Umfeld des Alten Marktes und des Domplatzes (sog. Bannmeile) DS0458/24

BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung

---

Die Ausschüsse KRB und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der FB-Leiter 32 Herr vom Baur, in Vertretung des Beigeordneten für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herrn Krug, bringt die Drucksache DS0458/24 erläuternd ein und macht dabei deutlich, dass damit nicht der Wochenmarkt oder die Gastwirte gemeint seien, sondern es nur um Sondernutzung von Einzelnen geht.

Stadträtin Middendorf, CDU/FDP Stadtratsfraktion, steht der Begrifflichkeit im Kurztitel kritisch gegenüber.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander unterstützt die Haltung der Stadträtin Middendorf, CDU/FDP Stadtratsfraktion und fordert die Oberbürgermeisterin auf, die vorliegende Drucksache DS0458/24 zurückzuziehen. Er beantragt die namentliche Abstimmung. **(Anlage 2)**

Stadtrat Papenbreer, Fraktion Tierschutzpartei, begrüßt die vorliegende Drucksache und bittet darum, die Ausführungen des FB-Leiters 32 Herr vom Baur, in der Niederschrift festzuhalten, dass es nicht um die bestehenden Händler, die auf dem Wochenmarkt Lebensmittel verkaufen, geht.

Herr vom Baur erläutert die rechtlichen Gründe, die zur Vorlage der Drucksache DS0458/24 geführt haben.

Stadtrat Rösler, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, wirft die Frage auf, inwieweit sich der Stadtrat mit dieser Thematik beschäftigen muss und merkt an, dass er die Bannmeile für zu weit gefasst hält. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0458/24.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander steht der Drucksache kritisch gegenüber und spricht sich gegen die Errichtung von Sperrzonen aus. Er fragt nach, mit welchem Recht die Markthändler von dieser Regelung ausgenommen werden.

Der Geschäftsführer der Weihnachtsmarkt GmbH Herr Stieger erhält das Rederecht und gibt im Weiteren den Hinweis, dass es sich um 2 Themenkomplexe handelt. Er erklärt, dass mit der

vorliegenden Drucksache die Ungleichbehandlung zwischen bezahlenden Marktbetreibern und privaten Händlern, die keine Standgebühr bezahlen, verhindert werden soll. Er schildert dies an Hand von Beispielen und der Schwierigkeit, dies den Markttreibenden zu erklären.

Stadtrat Dr. Grube, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, argumentiert für die Annahme der Drucksache und spricht sich dagegen aus, dass die Stadt Zuschüsse bezahlt.

Stadtrat Steinforth, CDU/FDP Stadtratsfraktion, hält die vorliegende Drucksache für nicht umsetzbar und sieht die freie Marktwirtschaft eingeschränkt.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Kumpf vertritt ebenfalls die Auffassung, dass es private Händler gäbe, die über eine Sondernutzungserlaubnis das System ausnutzen und deshalb die Gewerbetreibenden auf den Märkten geschützt werden müssen. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Eingehend auf die Anmerkung des Stadtrates Steinforth gibt der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future! Stadtrat Meister den Hinweis, dass die freie Marktwirtschaft klare Regeln braucht. Er hält daher die vorliegende Drucksache für sinnvoll.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 37 Ja-, 5 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 175-006(VIII)24

Das der Verwaltung gemäß § 18 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Straßengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingeräumte Ermessen bei der Erteilung von Erlaubnissen zur Nutzung von öffentlichen Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) ist dahingehend auszuüben, dass innerhalb der in den Anlagen 1 und 2 farblich gekennzeichneten Bereiche keine Sondernutzungserlaubnisse für einzelne ambulante Händler oder einzelne ambulante Gastronomen erteilt werden (Ermessensrichtlinie).

Die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für das stehende Gewerbe und Veranstaltungen innerhalb oder außerhalb der in den Anlagen 1 und 2 gekennzeichneten Bereiche sowie für das ambulante Gewerbe außerhalb der in den Anlagen 1 und 2 gekennzeichneten Bereiche bleibt unberührt.

Ebenfalls unberührt bleibt das vom Stadtrat am 09.07.2015 beschlossene Domplatznutzungskonzept, welches für die Kernflächen des Domplatzes bereits eine Ermessensrichtlinie zur Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen enthält.



- 5.5. Genehmigung der Annahme von Sponsoringleistungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA DS0505/24

BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung

---

Der Stadtrat **beschließt** mit 46 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 176-006(VIII)24

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Annahme einer Sponsoringleistung für die Errichtung und Unterhaltung von einem Trinkwasserspender mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 40.000,00 Euro (inkl. evtl. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer) zu.

- 5.6. Annahme einer Schenkung gemäß § 99 Abs. 6 KVG DS0519/24

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Der Stadtrat **beschließt** mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 177-006(VIII)24

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Schenkung in Höhe von 20.011,13 EUR zzgl. noch ausstehender Zinserträge von der Rettungsstiftung Jürgen Pegler e.V.i.L. zu. Im Rahmen der Stiftungssatzung sind die Mittel für ausschließlich steuerbegünstigte Zwecke der Ortschaft Beyendorf-Sohlen zu verwenden.

- 5.7. Genehmigung der Annahme von Spenden gem. § 99 Abs.6 KVG-LSA DS0475/24

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Der Vorsitzende der CDU/FDP Stadtratsfraktion Stadtrat Rohne bittet darum, zukünftig die Spenden schneller auszuzahlen.

Der Stadtrat **beschließt** mit 46 Ja-, 1 Neinstimme und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 178-006(VIII)24

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Annahme von Spenden über insgesamt 1.500,- Euro zu.

Der Ausschuss WTR empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0322/24/1 und DS0322/24/1/1 der Fraktion DIE LINKE
- Änderungsantrag DS0322/24/2 der CDU/FDP Stadtratsfraktion
- Interfraktioneller Änderungsantrag DS0322/24/3

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Kroll bringt die Drucksache DS0322/24 erläuternd ein und bedankt sich bei den Interessenvertretern. Er bezeichnet den Prozess als produktiv und geht detailliert auf die Zielstellung der Beherbergungssteuersatzung ein. Er bittet um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Der Vorsitzende der CDU/FDP Stadtratsfraktion Stadtrat Rohne bringt den Änderungsantrag DS0322/24/2 ein.

Stadtrat Biswanger, Fraktion DIE LINKE, begrüßt im Namen seiner Fraktion die vorliegende Drucksache DS0322/24 und bringt die Änderungsanträge DS0322/24/1/1 und DS0322/24/1 ein.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt Stadtrat Dr. Wiebe bedauert, dass die Satzung erst jetzt beschlossen werde. Im Namen seiner Fraktion erklärt er, dass es ihm wichtig sei, dass auch Airbnb miterfasst wird.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Kroll sichert bezüglich der Ausführung des Vorsitzenden der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt Stadtrat Dr. Wiebe zu, dass die Verwaltung mit der Plattform Airbnb Kontakt aufnehmen werde.

Stadträtin Heinrichs, Fraktion AfD, spricht sich im Namen ihrer Fraktion gegen die Annahme der Drucksache aus und begründet dies.

Der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future! Stadtrat Meister weist in seinen Ausführungen auf die Beschlusslage zu dieser Thematik im Rahmen der Haushaltssitzung 2024 hin und signalisiert ebenfalls im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur Drucksache.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0322/24/1/1 mit 34 Ja-, 16 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag DS0322/24/1 wird wie folgt formuliert:

Die Satzung wird unter § 6 Abs. 1 ein Punkt „4.“ Ergänzt der lautet:

„4. Teilnehmende ~~und~~ der Angebote der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe im Bereich der außerschulischen Bildung einschließlich der Begleitpersonen“

Der Stadtrat **beschließt** mit 17 Ja-, 33 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0322/24/2 der CDU/FDP Stadtratsfraktion –

Die Anlage der o.g. Drucksache wird wie folgt ergänzt (**fett**) bzw. geändert (*kursiv*) bzw. gestrichen:

#### § 5 Steuersatz

Der auf eine einzelne Übernachtung entfallende Beherbergungsteueranteil beträgt ~~5-Prozent~~ **4 Prozent** des Wertes der Bemessungsgrundlage, abgerundet auf volle Cent. Die Höhe der von einem Beherbergungsgast insgesamt geschuldeten Beherbergungsteuer entspricht der Summe der auf die einzelnen Übernachtungen der Beherbergung entfallenden Beherbergungsteueranteile. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem interfraktionellem Änderungsantrag DS0322/24/3 **beschließt** der Stadtrat mit 35 Ja-, 16 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Die o.g. Drucksache wird wie folgt ergänzt (**fett**) bzw. geändert (*kursiv*) bzw. gestrichen:

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Einführung der Beherbergungsteuer mit der als Anlage beigefügten Beherbergungsteuersatzung.
- 2. Im ersten Quartal des Jahres 2026 ist dem Stadtrat eine Evaluierung des Jahres 2025 über die Einnahmen aus der Beherbergungssteuer sowie den entstandenen Verwaltungskosten zur Implementierung und Abrechnung der Beherbergungssteuervorzulegen.**

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungen mit 22 Ja-, 19 Neinstimmen und 10 Enthaltungen:

#### Beschluss-Nr. 179-006(VIII)24

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Einführung der Beherbergungsteuer mit der als Anlage beigefügten Beherbergungsteuersatzung.
2. Im ersten Quartal des Jahres 2026 ist dem Stadtrat eine Evaluierung des Jahres 2025 über die Einnahmen aus der Beherbergungssteuer sowie den entstandenen Verwaltungskosten zur Implementierung und Abrechnung der Beherbergungssteuervorzulegen.

Die Ausschüsse UwE, WTR, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger bringt anhand einer Präsentation die Drucksache DS0457/24 ein.

Sie gibt einen Sachstandsbericht zum Fischsterben, am Salbker See I durch Schwefelwasserstoffausgasungen und weiteren Ursachen.

Frau Stieger erklärt, dass der Stadtrat die Aufgabe gestellt habe, eine Variantenuntersuchung zu erstellen und darauf aufbauend eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden solle, was Ziel der aktuellen Drucksache sei. Erst im Nachgang werde entschieden, wie weiter verfahren werde, um eine mögliche Nutzung zu besprechen und zu beraten. Sie führt weiter aus, dass Fördermittel überprüft werden sollen, was für die Umsetzung und damit für den nächsten Schritt relevant sei. Des Weiteren erklärt sie, dass auch eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden soll.

Die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger betont, dass nicht vorgesehen sei, aufgrund der Altlasten aus dem See ein Gewässer mit Badewasserqualität zu machen.

Des Weiteren berichtet Frau Stieger, dass in Zusammenarbeit mit Fachinstitutionen wie dem LHW, dem UFZ (Helmholtzzentrum für Umweltforschung) und dem Unternehmen Hydrowacht Beratungen durchgeführt worden seien. Alle Beteiligten seien sich einig gewesen, dass man im Vorfeld nicht eindeutig sagen könne, welche Entwicklung der See nehmen werde, selbst wenn Maßnahmen ergriffen würden. Daher handle es sich um eine Wahrscheinlichkeitsabwägung. Ziel sei es, weitere Fachunternehmen und Ingenieurbüros einzubinden, um die Sicherheit der Planung zu erhöhen.

Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen beschreibt Frau Stieger die vier Handlungsstränge bzw. Varianten, die verschiedene Untervarianten hätten, und stellt die Varianten vor.

Sie fasst zusammen, dass die Verwaltung vorschlage, die Varianten 1d und 2b näher zu untersuchen. Ziel sei es, bis Ende 2024 eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen, deren Ergebnisse im zweiten Quartal 2025 vorliegen könnten. Sie merkt an, dass 40.000 Euro dafür im Haushalt vorgesehen seien, der genaue Kostenrahmen jedoch erst nach der Ausschreibung bekannt werde.

Der Vorsitzende der Fraktion Tierschutzpartei Stadtrat Moll bedankt sich bei der Verwaltung für die vorliegende Drucksache.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander spricht seine Verwunderung über die vorgelegte Drucksache aus, da es zuvor bereits ein Konzept gegeben habe, das in den Ausschüssen behandelt worden sei. Er kritisiert, dass erneut Geld für Untersuchungen ausgegeben werde, obwohl die Problematik hinreichend bekannt sei. Zudem wies er darauf hin, dass der Salbker See I vor Jahren zugeschüttet worden sei und dort nun eine Kleingartenanlage existiere. Er äußert seine Bedenken hinsichtlich der Giftstoffe, die aus dem See aufsteigen,

warnet vor den potenziellen Gefahren und spricht sich gegen die geplante Machbarkeitsstudie aus. Er kündigt an sich vorzubehalten, rechtlich gegen den Beschluss vorzugehen.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt Stadtrat Dr. Wiebe spricht sich dafür aus, eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten und gibt zu überlegen, ob dort nicht ein Biotop geschaffen werden könnte.

Stadtrat Rösler, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, unterstreicht die Überlegungen des Vorsitzenden der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt Stadtrat Dr. Wiebe und spricht sich für eine diesbezügliche Prüfung, auch der Möglichkeit eines Anschlusses an den Sülzehafen, aus.

Der Vorsitzende der CDU/FDP Stadtratsfraktion Stadtrat Rohne bekräftigt die Ausführungen des Stadtrates Rösler und bittet darum, die Variante 4 mit in die Prüfung einzubeziehen.

Mit Hinweis auf die aktuellen Gefahren spricht sich der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future! Stadtrat Meister dafür aus, nach Lösungen für den Salbker See zu suchen und bittet um Zustimmung zur Drucksache.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Jannack schließt sich der Argumentation des Vorsitzenden der Fraktion Grüne/future! Stadtrat Meister an und merkt an, dass der Stadtteil Südost dieses Gebiet als Erholungsgebiet braucht.

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Zander stellt der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung Herr Rehbaum klar, dass der Untersuchungsansatz ein anderer war und es sich hierbei um ein städtebauliches Konzept handelte.

Die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger geht klarstellend auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Zander ein und entgegnet, dass keine akute Gefahr bestehe, auch wenn unter bestimmten Bedingungen, wie im Spätsommer bei Gewittern, eine Gefährdung denkbar sei. Sie erklärt dass die geplante Machbarkeitsstudie darauf abziele, Maßnahmen zu ermitteln, die das Problem effektiv angehen könnten. Sie betonte erneut, dass ein Konzept für die Nutzung erst nach der Machbarkeitsstudie erarbeitet werde und die Badewasserqualität des Sees nicht wiederhergestellt werden könne.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander bittet darum, die Aussagen der Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger protokollarisch festzuhalten.

Bezüglich der Bitte des Stadtrates Guderjahn, Fraktion Gartenpartei, die Varianten 1,2 und 4 nochmal zu prüfen, gibt die Beigeordnete Frau Stieger den Hinweis, dass die Prüfung der Variante 4 verwaltungsintern erfolgt.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 45 Ja-, 2 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

#### Beschluss-Nr. 180-006(VIII)24

Der Stadtrat beschließt, zur Verbesserung der Wasserqualität im bzw. in den Salbker See(n), für die Varianten 1D (Tiefenentwässerung aus See 1) und 2B (tiefe Elbanbindung von See 1 und 2) Machbarkeitsstudien als Entscheidungsgrundlage für die weitere Vorgehensweise durchzuführen.

5.10.	Anpassung der Gesamtkosten für die Investitionsmaßnahme Reaktivierung Industriehafen gegenüber dem Haushaltsplan 2024	DS0491/24
	BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	

---

Die Ausschüsse WTR und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger bringt anhand einer Präsentation die Drucksache DS0457/24 ein.

Sie gibt einen Sachstandsbericht zum Fischsterben, am Salbker See I durch Schwefelwasserstoffausgasungen und weiteren Ursachen.

Frau Stieger erklärt, dass der Stadtrat die Aufgabe gestellt habe, eine Variantenuntersuchung zu erstellen und darauf aufbauend eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden solle, was Ziel der aktuellen Drucksache sei. Erst im Nachgang werde entschieden, wie weiter verfahren werde, um eine mögliche Nutzung zu beraten. Sie führt weiter aus, dass überprüft werden soll, ob für die Umsetzung die Beantragung von Fördermitteln möglich sei. Des Weiteren erklärt sie, dass für die spätere Nutzung auch eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden soll.

Die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger betont, dass nicht vorgesehen sei, aufgrund der Altlasten aus dem See ein Gewässer mit Badewasserqualität zu machen und man die geplanten Maßnahmen lediglich einer symptomatischen Behandlung gleichen werden.

Des Weiteren berichtet Frau Stieger, dass in Zusammenarbeit mit Fachinstitutionen wie dem LHW, dem UFZ (Helmholtzzentrum für Umweltforschung) und dem Unternehmen Hydrowacht Beratungen durchgeführt worden seien. Alle Beteiligten seien sich einig gewesen, dass man im Vorfeld nicht eindeutig sagen könne, welche Entwicklung der See nehmen werde, selbst wenn Maßnahmen ergriffen würden. Daher handle es sich um eine Wahrscheinlichkeitsabwägung. Ziel sei es, weitere Fachunternehmen und Ingenieurbüros einzubinden, um die Sicherheit der Planung zu erhöhen.

Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen beschreibt Frau Stieger die vier Handlungsstränge bzw. Varianten, die teils verschiedene Untervarianten hätten und stellt die vor.

Sie fasst zusammen, dass die Verwaltung vorschlage, die Varianten 1d und 2b näher zu untersuchen. Ziel sei es, bis Ende 2024 eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen, deren Ergebnisse im zweiten Quartal 2025 vorliegen könnten. Sie merkt an, dass 40.000 Euro dafür im Haushalt vorgesehen seien, der genaue Kostenrahmen jedoch erst nach der Ausschreibung bekannt werde.

Der Vorsitzende der Fraktion Tierschutzpartei Stadtrat Moll bedankt sich bei der Verwaltung für die vorliegende Drucksache.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander spricht seine Verwunderung über die vorgelegte Drucksache aus, da es zuvor bereits ein Konzept gegeben habe, das in den Ausschüssen behandelt worden sei. Er kritisiert, dass erneut Geld für Untersuchungen ausgegeben werde, obwohl die Problematik hinreichend bekannt sei. Zudem wies er darauf hin,

dass der Salbker See I vor Jahren zugeschüttet worden sei und dort nun eine Kleingartenanlage existiere. Er äußert seine Bedenken hinsichtlich der Giftstoffe, die aus dem See aufsteigen und warnt vor den potenziellen Gefahren. Er spricht sich gegen die geplante Machbarkeitsstudie aus und kündigt an, sich vorzubehalten, rechtlich gegen den Beschluss vorzugehen.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt Stadtrat Dr. Wiebe spricht sich dafür aus, eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten und gibt zu überlegen, ob dort nicht ein Biotop geschaffen werden könnte.

Stadtrat Rösler, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, unterstreicht die Überlegungen des Vorsitzenden der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt Stadtrat Dr. Wiebe und spricht sich für eine diesbezügliche Prüfung, auch der Möglichkeit eines Anschlusses an den Sülzehafen aus.

Der Vorsitzende der CDU/FDP Stadtratsfraktion Stadtrat Rohne bekräftigt die Ausführungen des Stadtrates Rösler und bittet darum, die Variante 4 mit in die Prüfung einzubeziehen.

Mit Hinweis auf die aktuellen Gefahren spricht sich der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future! Stadtrat Meister dafür aus, nach Lösungen für den Salbker See zu suchen und bittet um Zustimmung zur Drucksache.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Jannack schließt sich der Argumentation des Vorsitzenden der Fraktion Grüne/future! Stadtrat Meister an und merkt an, dass der Stadtteil Südost dieses Gebiet als Erholungsgebiet braucht.

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Zander stellt der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung Herr Rehbaum klar, dass der Untersuchungsansatz ein anderer war und es sich bei dem von Stadtrat Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander angesprochene Konzept lediglich um ein städtebauliches Konzept handelte, welches keine fachliche Expertise der Umsetzung enthielt.

Die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger geht klarstellend auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander ein und entgegnet, dass keine akute Gefahr bestehe, auch wenn unter bestimmten Bedingungen, wie im Spätsommer bei Gewittern, eine Gefährdung denkbar sei. Diese Informationen haben sie sich von einem Verantwortlichen beim UFZ per Mail auf Nachfrage erhalten. Sie erklärt dass die geplante Machbarkeitsstudie darauf abziele, Maßnahmen zu ermitteln, die das Problem effektiv angehen könnten. Sie betonte erneut, dass ein Konzept für die Nutzung erst nach der Machbarkeitsstudie erarbeitet werde und die Badewasserqualität des Sees nicht mit überschaubaren Mitteln wiederhergestellt werden könne.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander bittet darum, die Aussagen der Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger protokollarisch festzuhalten.

Bezüglich der Bittet des Stadtrates Guderjahn, Fraktion Gartenpartei, die Varianten 1d ,2b und 4 nochmal zu prüfen, gibt Die Beigeordnete Frau Stieger den Hinweis, dass die Prüfung der Variante 4 bei Beschluss verwaltungsintern erfolgt.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 45 Ja-, 2 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Stadtrat **beschließt** mit 50 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 181-006(VIII)24

1. Die Verminderung der bisher veranschlagten Gesamtkosten von rd. 56.819.800,00 EUR (Gesamtkosten gem. iML 2024-2027 inkl. Vorsteuer) um 7.153.700,00 EUR auf rd. 49.666.100,00 EUR.
2. Die Auszahlungen werden im Haushaltsjahr 2025 um 10.515.900,00 EUR auf 0,00 EUR vermindert und im Jahr 2026 von 0,00 EUR auf 3.362.200,00 EUR erhöht.
3. Die Verminderung der bisher veranschlagten Einzahlungen von 44.093.800,00 EUR um 5.665.300,00 EUR auf 38.428.500,00 EUR.
4. Die Einzahlungen werden im Haushaltsjahr 2025 um 6.990.000,00 EUR auf 0,00 EUR vermindert und im Haushaltsjahr 2026 von 0,00 EUR auf 1.324.700,00 EUR erhöht.
5. Die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung 2025 für 2026 in Höhe von 3.362.200,00 EUR.

5.11.	Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadtbibliothek Magdeburg	DS0299/24
BE: Bürgermeisterin		

Die Ausschüsse K, BSS, KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 47 Ja-, 1 Neinstimme und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 182-006(VIII)24

Der Stadtrat beschließt die vorliegende Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Magdeburg gemäß beiliegender Anlage 1.



5.12. Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der  
Landeshauptstadt Magdeburg 2024

DS0430/24

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

---

Die Ausschüsse GeSo und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadträtin Anger, Fraktion DIE LINKE, bekräftigt die Zustimmung ihrer Fraktion zur vorliegenden Liste und bittet darum, diese ernster zu nehmen und in den Fokus zu setzen.

Eingehend auf die Ausführungen der Stadträtin Anger, Fraktion DIE LINKE, verweist der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Dr. Gottschalk auf die Anlage 1 der vorliegenden Drucksache und auf den Magdeburger Aktionsplan.

Der Stadtrat **beschließt** mit 49 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 183-006(VIII)24

1. Der Stadtrat beschließt die Tabellen 1, 2, 3 und 6 der in der Anlage 2 beigefügten überarbeiteten Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in Magdeburg als grundsätzliche konzeptionelle Orientierung für die Arbeit der Stadtverwaltung auf den Gebieten von Stadtplanung, Bau- und Verkehr sowie der Weiterentwicklung der sozialen, kulturellen und touristischen Infrastruktur.
2. Die Tabellen 4 und 5 nimmt der Stadtrat zur Kenntnis.
3. Die Dringlichkeitsliste bezieht sich auf einen mittelfristigen Zeitraum von ca. fünf bis sieben Jahren. Sie ist nach drei Jahren zu aktualisieren und den Erfordernissen entsprechend fortzuschreiben.
4. In den Haushaltsplänen werden die Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit besonders gekennzeichnet.
5. Die Realisierung entsprechender Maßnahmen bedarf jeweils einer gesonderten Planung und Beschlussfassung durch den Stadtrat.

5.13. Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis (DK) KiFöG für das Haushaltsjahr 2024 DS0476/24

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

---

Die Ausschüsse Juhi und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Kraus, Fraktion AfD, begründet die Enthaltung seiner Fraktion zur vorliegenden Drucksache DS0476/24 mit dem Hinweis auf den ständigen Mehraufwand.

Der Stadtrat **beschließt** mit 36 Ja-, 0 Neinstimmen und 13 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 184-006(VIII)24

1. Der Stadtrat beschließt für den DK KiFöG überplanmäßige Aufwendungen gem. § 105 Absatz 1 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt für das Haushaltsjahr 2024 i. H. v. bis zu 11,2 Mio. EUR.
2. Der Mehrbedarf i. H. v. bis zu 11,2 Mio. EUR wird durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten finanziert.

5.14. Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis (DK) Hilfe zur Erziehung (HzE), Plankostenstelle 51510000 für das Haushaltsjahr 2024 DS0478/24

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

---

Die Ausschüsse Juhi und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 37 Ja-, 0 Neinstimmen und 13 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 185-006(VIII)24

1. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen im DKHzE 515100 gemäß § 105 Abs. 1 KVG LSA im Bereich der sozialen Leistungen an natürliche Personen gemäß SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) in Höhe von bis zu 15.000.000 EUR (Stand: 20.09.2024).
2. Der Mehrbedarf in Höhe von bis zu 15.000.000 EUR wird durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten finanziert.

- 5.15. Angleichung der Strukturen der Beauftragten für Senioren, Integration und Menschen mit Beeinträchtigung / Schaffung eines hauptamtlichen Integrationsbeauftragten bzw. Seniorenbeauftragten in der Landeshauptstadt Magdeburg DS0434/24  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 

Die Ausschüsse KRB, FG, GeSo und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Stadträtin Anger, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag DS0434/24/1 erläuternd ein.

Die Amtsleiterin 30 Frau Kuhle äußert ihre rechtlichen Bedenken zum Punkt 3 des Änderungsantrages und gibt dabei den Hinweis, dass für die innere Organisation der Verwaltung die alleinige Zuständigkeit bei der Oberbürgermeisterin liegt.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Dr. Gottschalk verweist auf die hierzu geführte Diskussion in den Ausschüssen und die dabei geäußerte Wertschätzung der bestehenden Senioren- und Integrationsbeiräte.

Stadträtin Dr. Bettecken, CDU/FDP Stadtratsfraktion, begrüßt ausdrücklich die vorliegende Drucksache DS0434/24 und signalisiert im Namen ihrer Fraktion die Zustimmung und die Ablehnung zum Änderungsantrag DS0434/24/1.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Jannack erläutert die Zielstellung des vorliegenden Änderungsantrages und fragt in diesem Zusammenhang nach, ob zur vorliegenden Drucksache auch die Stellungnahmen der Beauftragten vorliegen.

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Jannack teilt die Oberbürgermeisterin Frau Borris mit, dass die Beauftragten frei in ihrer Arbeit agieren und auch Sprechzeiten im Rathaus angeboten werden. Sie stellt klar, dass die Organisationshoheit der Verwaltung allein in ihrer Zuständigkeit liegt.

Stadtrat Kirchner, Fraktion AfD, spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme der vorliegenden Drucksache aus mit dem Hinweis, dass dies weitere Steuergelder kosten würde.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris gibt den Hinweis, dass es gesetzliche Vorgaben gibt, dass man eine Gleichstellungsbeauftragte und eine Behindertenbeauftragte als Stadt vorhalten muss.

Abschließend verweist Stadträtin Anger, Fraktion DIE LINKE, auf den § 79 KVG LSA und erläutert nochmals die Intention des Änderungsantrages DS0434/24/1.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 6 Ja-, 41 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0434/24/1 -

*Die Drucksache wird wie folgt geändert:*

1. Der Stadtrat beschließt die Umwandlung der Senioren- und Integrationsbeauftragten als Ehrenamtliche in hauptamtlich bei der Landeshauptstadt Magdeburg beschäftigte Beauftragte.

~~Gleichzeitig beauftragt der Stadtrat die Oberbürgermeisterin, eine stellen- und kostenneutrale Umwandlung umzusetzen.~~

**2. Die Umwandlung der Stellen erfolgt stellen- und kostenneutral.**

**3. Über die Bestellung der Beauftragten entscheidet der Stadtrat im Benehmen mit der Oberbürgermeisterin.**

**4. Sämtliche Beauftragte werden an das Büro der Oberbürgermeisterin angebunden und ihr damit direkt unterstellt.**

**5. Der ständige Sitz aller Beauftragten ist das Rathaus.**

**6. 2-** Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Satzungen entsprechend anzupassen.

**-wird abgelehnt.**

Der Stadtrat **beschließt** mit 33 Ja-, 13 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 186-006(VIII)25

1. Der Stadtrat beschließt die Umwandlung der Senioren- und Integrationsbeauftragten als Ehrenamtliche in hauptamtlich bei der Landeshauptstadt Magdeburg beschäftigte Beauftragte. Gleichzeitig beauftragt der Stadtrat die Oberbürgermeisterin, eine stellen- und kostenneutrale Umwandlung umzusetzen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Satzungen entsprechend anzupassen.

5.16. Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis (DK) Sozialhilfe (SOZ) für das Haushaltsjahr 2024 DS0480/24

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 39 Ja-, 0 Neinstimmen und 13 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 187-006(VIII)24

1. Der Stadtrat beschließt für den DK Soziales die überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 Abs. 1 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt für das Haushaltsjahr 2024 i. H. v. 3.855.100 EUR.

2. Die überplanmäßigen Aufwendungen i. H. v. 3.855.100 EUR werden durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten finanziert.

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Belas übernimmt die Sitzungsleitung.

- |       |   |           |
|-------|---|-----------|
| 5.17. | Finanzierung der Baumaßnahme Brücke Lüttgen-Salbker-Weg über die Gleise der DB AG / Hauptstrecke 6403 Magdeburg-Halle in Magdeburg, Überbauerneuerung Provisorium | DS0439/24 |
| <hr/> |   |           |
|       | BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung   |           |

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 50 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 188-006(VIII)24

1. Die Erhöhung der Gesamtkosten von 2.600.000,00 EUR um 893.800,00 EUR auf 3.493.800,00 EUR.
2. Die im Haushaltsjahr 2026 veranschlagten Auszahlungen in Höhe von 900.000,00 EUR werden auf das Haushaltsjahr 2025 vorgezogen / veranschlagt.
3. Für das Haushaltsjahr 2025 werden zusätzlich Auszahlungen in Höhe von 893.800,00 EUR in die investive Maßnahmenliste aufgenommen.

- |       |   |           |
|-------|---|-----------|
| 5.18. | Originalgetreue Rekonstruktion der Oberseite der Anna-Ebert-Brücke über die Alte Elbe | DS0388/24 |
| <hr/> |   |           |
|       | Teilprojekt: zeitlich vorgezogener Ersatzneubau der Stützwand unmittelbar nordöstlich |           |
|       | hier: Einstellung der Baukosten für das Teilprojekt „Stützwandenerneuerung“           |           |
|       | BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung                                     |           |

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 52 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 189-006(VIII)24

1. Die Finanzierung der Baukosten für das Teilprojekt „Stützwand“ in Höhe von voraussichtlich 2.650.000,00 EUR.

2. Die Baukosten für die Stützwand in Höhe von 2.650.000 EUR sind im Rahmen der Haushaltsplanung 2025ff. für das Haushaltsjahr 2025 einzustellen.
3. Die Fördermitteleinzahlungen in Höhe von 2.945.100 EUR sind im Rahmen der Haushaltsplanung 2025 ff. für das Haushaltsjahr 2026 einzustellen.

5.19. Variantenentscheidung zur Umgestaltung des Straßenraums der Sudenburger Straße DS0411/24

BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung

---

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag DS0411/24/1 der Fraktion Grüne/future! vor.

Der Stadtrat **beschließt** mit 21 Ja-, 29 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der vorliegende Änderungsantrag DS0411/24 -

**Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:**

Im Rahmen der Maßnahme ist zu prüfen, wie Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum errichtet werden können. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 46 Ja-, 1 Neinstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 190-006(VIII)24

1. Der Stadtrat beschließt die Umgestaltung der Sudenburger Straße entsprechend der Vorplanung Vorzugsvariante - Variante 2 mit einem voraussichtlichen Gesamtwertumfang i.H.v. 591.728,77 € (brutto).
2. Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis der Vorzugsvariante 2 die weiteren erforderlichen Planungsschritte einzuleiten.
3. Die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 10.000,00 € (für die Jahre 2026 bis 2029 jährlich 2.500,00€) wird beschlossen.

5.20. Variantenentscheidung zur Umgestaltung des Straßenraums der Freien Straße DS0412/24  
BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung

---

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bringt den Änderungsantrag DS0412/24/1 ein.

Der Stadtrat **beschließt** mit 20 Ja-, 29 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0412/24/1 -

**Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:**

Im Rahmen der Maßnahme ist zu prüfen, wie Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum errichtet werden können. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 49 Ja-, 0 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 191-006(VIII)24

1. Der Stadtrat beschließt die Umgestaltung der Freien Straße entsprechend der Vorplanung Vorzugsvariante - Variante 3a. mit einem voraussichtlichen Gesamtwertumfang i.H.v. 594.956,20€ (brutto).
2. Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis der Vorzugsvariante 3a die weiteren erforderlichen Planungsschritte einzuleiten.
3. Die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung 2025 in Höhe von 10.000,00 € (für die Jahre 2026 bis 2029 jährlich 2.500,00€) wird beschlossen.

- 5.21. Finanzierung der Baumaßnahme Radweg Kirschweg - Lückenschluss zwischen Kirschweg/Lilienweg und Hermann-Hesse-Straße DS0410/24
- BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung
- 

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bittet darum, das Radverkehrskonzept ernst zu nehmen und schneller in die Umsetzung zu bringen.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 2 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 192-006(VIII)24

1. Erhöhung der Gesamtkosten von 693.000,00 EUR um 647.000,00 EUR auf 1.340.000,00 EUR.
2. Mit der Haushaltsplanung 2025 ff. werden Auszahlungen in Höhe von 647.000,00 EUR in das Haushaltsjahr 2025 eingestellt.
3. Die Baumaßnahme wird nur dann umgesetzt, wenn die Gesamtmaßnahme zu 90 % vom Bund/Land gefördert wird.

- 5.22. Grundsatzbeschluss zum Planungsbeginn von fünf Ersatzneubauten (ENB) und dem Rückbau eines Fußgängertunnels im Zuge Magdeburger Ringes: DS0465/24
1. ENB MD-Ringbrücken über Wiener Straße
  2. Rückbau MD-Fußgängertunnel im Bereich Buckauer Straße
  3. ENB MD-Ringbrücke über Lemsdorfer Weg / Fermersleber Weg
  4. ENB MD-Ringbrücke über Liebknechtstraße
  5. MD-Ringbrücke über Brenneckestraße
  6. MD-Ringbrücke über Klinke im Bereich Ackerstraße
- BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung
- 

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bringt den Änderungsantrag DS0465/24 ein.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0465/24 **beschließt** der Stadtrat mit 34 Ja-, 2 Neinstimmen und 14 Enthaltungen:

**Punkt 2 wird wie folgt ersetzt:**

Es wird sowohl der Rückbau als auch die Instandsetzung des Fußgehendentunnels im Bereich Buckauer Straße geprüft und beide Varianten dem Stadtrat in der nächsten Planungsphase vorgelegt.



Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages mit 48 Ja-, 1 Neinstimme und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 193-006(VIII)24

1. Den Planungsbeginn der oben genannten Ersatzneubauten inklusive des Rückbaues des Fußgängertunnels mit einem Planungsumfang von insgesamt 4.402.000,00 EUR.
2. Es wird sowohl der Rückbau als auch die Instandsetzung des Fußgängertunnels im Bereich Buckauer Straße geprüft und beide Varianten dem Stadtrat in der nächsten Planungsphase vorgelegt.
3. Für weitere Planungsleistungen der Stufe 2 (Leistungsphase 4 bis 8), welche gesondert beauftragt werden, sind im Rahmen der investiven Haushaltsplanung 2025 ff 2.412.000,00 EUR im Jahr 2027 einzustellen.  
Es wird sowohl der Rückbau als auch die Instandsetzung des Fußgehendentunnels im Bereich Buckauer Straße geprüft und beide Varianten dem Stadtrat in der nächsten Planungsphase vorgelegt.
4. Weiterhin wird eine Verpflichtungsermächtigung 2025 für 2026 in Höhe von 1.990.000,00 EUR und für 2027 in Höhe von 2.412.000,00 EUR für die Ausschreibung weiterer Leistungen bewilligt.
5. Nach Abschluss der Leistungsphase 3 wird dem Stadtrat die Vorzugsvariante jedes Bauwerks zur Bestätigung vorgelegt. Die Gesamtkosten jedes einzelnen Ingenieurbauwerks (einschließlich Baukosten und Baunebenkosten) werden nach Fertigstellung der 1. Stufe mit Kostenberechnung und der Weiterfinanzierung zur Beschlussfassung zugereicht. Folgend kann die Beauftragung der 2. Stufe erfolgen
6. Es ist ein investiver Deckungskreis für eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der einzelnen Bauvorhaben einzurichten.

5.23.	Variantenentscheidung zur Umgestaltung der Schönebecker Straße zwischen Bleckenburgstraße und den Haltestellen Thiemplatz	DS0474/22
	BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung WV v. 17.08.2023	

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0474/22/2.

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0474/22/1 der Fraktion Gartenpartei
- Änderungsantrag DS0474/22/2 des Ausschusses StBV
- Änderungsantrag DS0474/22/1 der Fraktion AfD
- Änderungsantrag DS0474/22/3 der Oberbürgermeisterin

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Schuster informiert über die umfangliche Diskussion im Ausschuss und spricht sich für die Annahme des Änderungsantrages DS0474/23/3 der Oberbürgermeisterin aus. Er beantwortet im Weiteren die aufgeworfene Frage des Stadtrates Mertens, Fraktion AfD, zum Inhalt der Variante 4.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei, übt Kritik, dass seine gestellten Fragen im Rahmen der Behandlung der vorliegenden Drucksache DS0474/22 am 23.04.2023 im Stadtrat bis heute nicht beantwortet wurden. Er geht im Weiteren anhand von Bildmaterial auf die Vorortsituation in Buckau ein.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung Herr Rehbaum nimmt zur Thematik Stellung und merkt an, dass die Gleise noch funktionsfähig sind und derzeit nicht angefasst werden müssen. Er macht im Weiteren Erläuterungen zu den Finanzierungsmöglichkeiten.

Stadtrat Mertens, Fraktion AfD, erklärt für seine Fraktion, dass sie mit der Variante 4 dacor geht.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke plädiert im Namen ihrer Fraktion für die Variante 3 und schätzt ein, dass die Variante 4 nicht geeignet ist und begründet dies.

Stadtrat Dr. Grube, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, bezeichnet das Problem als komplex und erklärt für seine Fraktion, dass sie auch die Variante 3 favorisiert. Wenn diese nicht umsetzbar ist, wäre die Variante 4 zu bevorzugen.

Der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future! Stadtrat Meister begründet, warum die Variante 3 die sinnvollste ist mit dem Hinweis, dass es um die Aufwertung vor Ort gehe.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung Herr Rehbaum gibt den Hinweis, dass keine Mehrheiten zu erzielen waren und dies zum Paradigmenwechsel geführt habe. Er macht im Weiteren erläuternde Ausführungen zum Fördermittelprogramm.

Aufgrund seiner nicht beantworteten Fragen stellt Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei den GO-Antrag – die Drucksache DS0465/24 in den Ausschuss StBV zurückzuüberweisen.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Kumpf spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mit 16 Ja-, 28 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der GO-Antrag des Stadtrates Guderjahn, Fraktion Gartenpartei – Überweisung der Drucksache DS0465/24 in den Ausschuss StBV – wird **abgelehnt**.

Im Anschluss macht der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung Herr Rehbaum erläuternde Ausführungen zu den Bahnkörpern und der Bauführung. Er macht weiterhin darauf aufmerksam, dass die Variante 2 noch in den GWA`s besprochen werde.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Jannack spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls für die Variante 3 aus.

Im Ergebnis der Diskussion und der noch offenen Fragen stellt die Oberbürgermeisterin Frau Borris die Drucksache DS0465/24 von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

5.24.	1. Änderungssatzung zur Sondernutzungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 29.11.2007	DS0342/24
<hr/>		
	BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung	

Der Stadtrat **beschließt** mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 194-006(VIII)24

- 1.) Der Stadtrat beschließt, die Aufhebung des ersten Beschlusses vom 12.09.2024 mit Beschluss-Nr. 090-003(VIII)24.
- 2.) Der Stadtrat beschließt neu

**1. Änderungssatzung zur Sondernutzungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 29.11.2007**

Auf der Grundlage der §§ 4,5,8 und 45 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014, (GVBl. LSA S. 288) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.04.2024 (GVBl. LSA S. 96) i.V.m. §§ 21, 49 Abs. 1 Nr.6 und 50 Abs. 2 des Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA) vom 06.07.1993 (GVBl. LSA S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21.03.2023 (GVBl. LSA S. 178) und § 8 Abs. 3 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) vom 28.06.2007 (BGBl I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2023 (BGBl I S. 409) i. V. m. der Satzung über die Erlaubnis für Sondernutzungen an Gemeindestraßen - Sondernutzungssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 13.08.2002 (Amtsblatt Nr. 79/2002), zuletzt geändert durch die 2. Änderungssatzung vom 27.09.2007 (Amtsblatt Nr.33/2007) beschließt der Stadtrat

folgende Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 27.09.2007 (Amtsblatt Nr. 33):

#### Artikel 1

Anlage 1 Nr. 19 wird wie folgt geändert:

	Art der Sondernutzung	Bemessungsgrundlage	Gebühren Zone S		Gebühren Zone H		Gebühren Zone N	
			EUR/Monat	EUR/Tag	EUR/Monat	EUR/Tag	EUR/Monat	EUR/Tag
19	Abstellen von E-Roller zum Zweck der Verleihung und vergleichbare Systeme	Je angefangene m <sup>2</sup> beanspruchte Straßenfläche pro Monat.	<b>4,69 EUR</b>					

#### Artikel 2

Anlage 1 Nr. 19 und 20 alter Fassung werden zu Nr. 20 und 21 neuer Fassung.

#### Artikel 3

Diese Satzung tritt am Tage nach Bekanntmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg in Kraft.

#### 6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

---

6.1. Aufwertung der Abfallbehälter/Papierkörbe  
Fraktion FDP/Tierschutzpartei (VII. WP)  
WV v. 07.03.2024

---

A0048/24

Die CDU/FDP Stadtratsfraktion beantragt die Zurückstellung des Antrages A0048/24 bis Februar 2025.

6.2. Ganzjährige Außengastronomie A0296/23  
 Fraktion GRÜNE/future! (VII. WP)  
 WV v. 18.01.2024

---

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss WTR empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bringt den Antrag A0296/23 ein.

Der Vorsitzende der CDU/FDP Stadtratsfraktion Stadtrat Rohne signalisiert die Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion.

Der Stadtrat **beschließt** mit 10 Ja-, 25 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 195-006(VIII)24

Der Antrag A0296/23 –

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt Anträge für Sondernutzungen zum Zwecke der Außengastronomie, wenn gewünscht und aktiv genutzt, nicht saisonal, sondern das ganze Jahr über zu genehmigen. –

wird **abgelehnt**.

6.3. Unterstützung für die Jugendkunstschule A0095/24  
 Fraktion DIE LINKE (VII. WP)  
 WV v. 04.04.2024

---

Der vorliegende Antrag A0095/24 wurde von der Fraktion DIE LINKE **zurückgestellt**.

6.4. Baugebundene Glaskunst in und aus Magdeburg A0098/24  
 Fraktion DIE LINKE (VII. WP)  
 WV v. 04.04.2024

---

Der vorliegende Antrag A0098/24 wurde von der Fraktion DIE LINKE **zurückgestellt**.

- |      |  |          |
|------|--|----------|
| 6.5. | Gegen das Vergessen - Umsetzung und Schaffung eines dauerhaften Gedenkortes und Pflege | A0118/24 |
|      | Fraktion DIE LINKE (VII. WP)<br>WV v. 02.05.2024                                       |          |
- 

Die Ausschüsse StBV, K, KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß vorliegendem Antrag A0118/24 **beschließt** der Stadtrat mit 21 Ja-, 1 Neinstimme und 23 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 196-006(VIII)24

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt den Gedenkstein an der Gedenkstätte für das Massaker im Stadion „Neue Welt“ am 13. April 1945 (aus Anfang der Achtziger Jahre) bis zum Ende 2024:

1. auf dem öffentlichen Platz Nahe dem Sportplatz an der Berliner Chaussee im Kastanienhain (Skizze markierte Bereich 3) aufstellen zu lassen.
2. Eine angemessene Umfeldgestaltung vergleichbar der aktuellen Gedenkstelle dauerhaft zu gewährleisten. Hierbei ist ein vom Kastanienhain abgegrenzter Raum mit Fundament und einer mit Gehwegplatten gesicherte Zuwegung zu schaffen.
3. Die Pflege soll dauerhaft durch das städtische Schulwerkstattprojekt „Bunte Werkstatt“ betreut werden.
4. Eine Gedenktafel mit den Historischen Hintergründen ist vorort anzubringen. Es ist dabei zu prüfen, ob dies inhaltlich als Bildungsprojekt mit Schülern aufgearbeitet werden kann.
5. An der Berliner Chaussee ist ein Hinweisschild auf die Gedenkstätte anzubringen.
6. Zum 80-jährigen Jahrestag des Massakers im April 2025 soll die Gedenkstätte im neuen Umfeld mit einer Gedenkveranstaltung durch die Stadt eingeweiht werden.

- |      |   |          |
|------|---|----------|
| 6.6. | Für bezahlbaren Wohnraum sozialen Wohnungs(neu)bau wieder aufnehmen – Gebäudetyp E unterstützen | A0126/24 |
|      | SPD-Stadtratsfraktion (VII. WP)<br>WV v. 02.05.2024   |          |
- 

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0126/24/1.

Die Ausschüsse GeSo und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Stadtrat Dr. Grube, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, bringt den Antrag A0126/24 ein.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0126/24/1 **beschließt** der Stadtrat mit 40 Ja-, 2 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird um Punkt 5 ergänzt:

5. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, die Landesregierung auf eine Änderung der Richtlinie für den sozialen Wohnungsbau hinzuweisen, in der Art dass auch die Antragstellung für städtische Wohnungsunternehmen und Genossenschaften in den Oberzentren von LSA attraktiv ist.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages mit 38 Ja-, 2 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 197-006(VIII)24

1. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, den sozialen Wohnungs(neu)bau in Magdeburg wiederaufzunehmen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, sich in den Gremien von Städte- und Gemeindebund und Deutschem Städtetag dafür einzusetzen, den Gebäudetyp E zu verankern.
3. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, mit der Wobau, den Wohnungsbaugenossenschaften und den privaten Vermietern dazu ins Gespräch zu kommen, wie und in welchen Stadtteilen mit dem Gebäudetyp E der soziale Wohnungs(neu)bau in Magdeburg wieder aufgenommen werden kann.
4. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, in regelmäßigen Abständen in den entsprechenden Ausschüssen zu berichten.
5. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, die Landesregierung auf eine Änderung der Richtlinie für den sozialen Wohnungsbau hinzuweisen, in der Art dass auch die Antragstellung für städtische Wohnungsunternehmen und Genossenschaften in den Oberzentren von LSA attraktiv ist.

6.7. Baustellenkoordination

A0129/24

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz (VII. WP)

WV v. 02.05.2024

---

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei, bittet darum, den Antrag A0129/24 von der heutigen Tagesordnung **zurückzustellen**.

- 6.8. Verbesserung der Verkehrssituation in der Harsdorfer Straße A0167/24  
 Fraktion Tierschutzpartei  
 WV v. 15.08.2024
- 

Der vorliegende Antrag A0167/24 wurde von der Fraktion Tierschutzpartei **zurückgestellt**.

- 6.9. Schulwegsicherheit Westerhüsen A0169/24  
 Fraktion Gartenpartei  
 WV v. 15.08.2024
- 

Die Ausschüsse BSS und StBV empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei, bedauert die vorliegenden Voten.

Der Stadtrat **beschließt** mit 8 Ja-, 20 Neinstimmen und 17 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 198-006(VIII)24

Der Antrag A0169/24 –

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

auf der Straße Alt Westerhüsen im Bereich von der Sohlener Straße bis zur Einmündung Zackmünder Straße in beiden Richtungen einen Schulweg, mittels sogenannter Schulwegtafel, bestehend aus Zeichen 136 (Kinder) und Zeichen 1012-50 (Schule), ausweisen zu lassen. –

wird **abgelehnt**.

- 6.10. Erhalt des Turmpark für derzeitige Nutzung A0170/24  
 Fraktion Gartenpartei  
 WV v. 15.08.2024
- 

Der BA KGM und der Ausschuss K empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei, bringt den Antrag A0170/24 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Jannack verweist auf die vorliegende Stellungnahme S0428/24 der Verwaltung und signalisiert die Ablehnung zum vorliegenden Antrag A0170/24 durch seine Fraktion.



Der Stadtrat **beschließt** mit 2 Ja-, 32 Neinstimmen und 12 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 199-006(VIII)24

Der Antrag A0170/24 –

Der Turmpark bleibt für die derzeitige Nutzung (Atelierräume, offenes Atelier für jedermann mit der Ambition Kunst und Kultur zu verbreiten und sich dabei auch um ein einzigartiges Baudenkmal zu kümmern) erhalten und nicht anderen Nutzungsgründen zugeführt. –

wird **abgelehnt**.

6.11.	Alt Westerhüsen, Zackmünder bis Sohlener Straße: Tempo 30 von 22- 08 Uhr	A0173/24
	Fraktion Gartenpartei WV v. 15.08.2024	

---

Die Ausschüsse UwE, BSS und StBV empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei, bringt den Antrag A0173/24 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Jannack plädiert dafür, den ganzen Tag eine Tempo 30-Zone einzuführen und spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Ablehnung des Antrages aus.

Stadtrat Dr. Zenker, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion zum vorliegenden Antrag.

Der Stadtrat **beschließt** mit 2 Ja-, 29 Neinstimmen und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 200-006(VIII)24

Der Antrag A0173/24 –

Das derzeit auf der Straße Alt Westerhüsen von der Sohlener Straße bis zur Einmündung Zackmünder Straße bestehende Tempolimit von 30km/h für die Zeit von 22 Uhr-06 Uhr, wird auf den Zeitraum 22 Uhr-08 Uhr erweitert. –

wird **abgelehnt**.

- 6.12. Verkehrssicherheit durch Straßenmarkierungen im Kreuzungsbereich verbessern A0179/24  
 CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
 WV v. 15.08.2024
- 

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Schache, CDU/FDP Stadtratsfraktion, bringt den Änderungsantrag A0179/24/1 ein, der den Ursprungsantrag ersetzt.

Stadtrat Dr. Grube, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, unterstützt den vorliegenden Änderungsantrag.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung Herr Rehbaum gibt zu bedenken, dass hierbei die Belange der Fußgänger nicht berücksichtigt werden.

Beschluss-Nr. 201-006(VIII)24

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, zur kurzfristigen Entschärfung der Verkehrssituation an der Kreuzung Walmbergsweg – Blankenburger Str./ Salzmannstraße Straßenmarkierungen einschließlich klarer Haltelinien und Richtungspfeile (siehe Anlage) unverzüglich umzusetzen, hilfsweise kurzfristig (innerhalb von einem Monat) rechtskonforme und zeitnah umsetzbare Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssituation unter Berücksichtigung der Belange aller Verkehrsteilnehmer zu unterbreiten.

Sofern konkrete Umbaumaßnahmen an der Kreuzung zeitnah (bis Ende des Jahres 2025) erfolgen sollten, kann die Markierung in diesem Fall bis zur Umgestaltung zurückgestellt werden.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0179/24/1 hat sich eine Beschlussfassung zum Antrag A0179/24 **erledigt**.

- 6.13. Farbgebung der neuen Strombrückenverlängerung A0181/24  
 CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
 WV v. 15.08.2024
- 

Die Ausschüsse BSS und K empfehlen die Beschlussfassung in geänderter Form.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss FG betrachtet den Antrag A0181/24 mit dem vorliegenden Änderungsantrag A0181/24/2 als erledigt.

Stadtrat Rupsch, CDU/FDP Stadtratsfraktion, bringt den Antrag A0181/24/1 ein und bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag A0181/24/2.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0181/24/2 **beschließt** der Stadtrat mit 38 Ja-, 0 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei dem Ingenieurbüro ein umweltfachliches Monitoring für die farbliche Beleuchtung der Brücke in Auftrag zu geben.

Dabei sollen in beide Richtungen die Farbkombinationen unterschiedlich zum Leuchten gebracht werden.

Zum Beispiel: Lange Seite: Grün/Rot – kurze Seite: Blau/Weiß und andere Richtung – Lange Seite: Blau/Weiß und kurze Seite: Grün/Rot.

Des Weiteren sollen Sponsoren und Unterstützer für das Projekt gewonnen werden.

Gemäß vorliegendem Antrag A0181/24 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages A0181/24/2 mit 37 Ja-, 0 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

#### Beschluss-Nr. 202-006(VIII)24

Die Verwaltung wird beauftragt, bei dem Ingenieurbüro ein umweltfachliches Monitoring für die farbliche Beleuchtung der Brücke in Auftrag zu geben.

Dabei sollen in beide Richtungen die Farbkombinationen unterschiedlich zum Leuchten gebracht werden.

Zum Beispiel: Lange Seite: Grün/Rot – kurze Seite: Blau/Weiß und andere Richtung – Lange Seite: Blau/Weiß und kurze Seite: Grün/Rot.

Des Weiteren sollen Sponsoren und Unterstützer für das Projekt gewonnen werden.

Der Änderungsantrag A0181/24/1 hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0181/24/2 **erledigt**.

6.14.	Nachfahrverbot für Mähroboter	A0113/24
	Fraktion FDP/Tierschutzpartei (VII. WP) WV v. 02.05.2024	

---

Die Ausschüsse KRB und UwE empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Tierschutzpartei Stadtrat Moll bringt den Antrag A0113/24 ein und bittet um Zustimmung zum interfraktionellen Änderungsantrag A0113/24/1.

Stadträtin Fassel, Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt, erläutert die Intention des interfraktionellen Änderungsantrages A0113/24/1 und geht im Weiteren auf die vorliegende Stellungnahme S0290/24 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander macht darauf aufmerksam, dass die heutigen Mähroboter keine Tiere verletzen können.

Der Vorsitzende der Fraktion Tierschutzpartei Stadtrat Moll widerspricht der Feststellung des Stadtrates Zander und erläutert nochmals die Intention des Antrages A0113/24.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0113/24/1, der den Ursprungsantrag A0113/24 ersetzt, **beschließt** der Stadtrat mit 40 Ja-, 2 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 203-006(VIII)24

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stellt fest, dass

1. der europäische Igel eine besonders geschützte Art ist und die Landeshauptstadt Magdeburg eine Verantwortung für deren Schutz trägt.
2. technische Schutzmaßnahmen an Mährobotern derzeit noch nicht ausreichend entwickelt sind, weshalb das nächtliche Betriebsverbot für Mähroboter als eine angemessene und wirksame Schutzmaßnahme für Igel und andere kleine Wirbeltiere wie Amphibien gilt.

Daher bittet der Stadtrat die Oberbürgermeisterin als Dienstvorgesetzte der zuständigen unteren Naturschutzbehörde, sich für den Erlass einer Allgemeinverfügung zum Verbot der nächtlichen Inbetriebnahme von Mährobotern einzusetzen. Als Vorlage kann die im Oktober 2024 erlassene Allgemeinverfügung der Stadt Köln dienen.

6.15.	Den Hasselbachplatz ganzheitlich entwickeln – Perspektiven für Gewerbetreibende und die Stadtgesellschaft bieten!	A0099/24
	Fraktion DIE LINKE (VII. WP) WV v. 02.05.2024	

---

Der Antrag A0099/24 wurde von der Fraktion DIE LINKE **zurückgestellt**.

6.16.	Einführung des Deutschland-Tickets als Jobticket für Beschäftigte der Landeshauptstadt Magdeburg	A0128/24
	SPD-Stadtratsfraktion (VII. WP) WV v. 02.05.2024	

---

Die Vorsitzende der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt Stadträtin Keune zieht den Antrag A0128/24 aufgrund der Haushaltssitzung von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

- 6.17. Freiwillige Feuerwehr Magdeburg- Olvenstedt A0112/23  
 Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz (VII. WP)  
 WV v. 25.05.2023
- 

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Bezüglich der vorliegenden Stellungnahme S0288/23 vom 16.06.2023 fragt der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander nach, warum es keine neue Stellungnahme gibt. Er zieht den Antrag A0112/23 **zurück**.

- 6.18. Verbesserung Verkehrsinformationen A0034/24  
 CDU-Ratsfraktion (VII: Wahlperiode)  
 WV v. 05.02.2024
- 

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß vorliegendem Antrag A0034/24 **beschließt** der Stadtrat mit 34 Ja-, 2 Neinstimmen und 9 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 204-006(VIII)24

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zusammen mit dem Land Sachsen-Anhalt, der Landesstraßenbaubehörde, der Autobahngesellschaft und der Polizei (inkl. Autobahnpolizei) bessere und mehr Informationsmöglichkeiten für den Individualverkehr bei Sperrungen auf den Bundesautobahnen 2 und 14 zu schaffen. Dabei sollen auch klappbare und mobile LED-Verkehrsinformationssystem entlang der Route A2 (Kreuz Magdeburg) – A 14 (Schönebeck) – Bundesstraße 246a (Burg Ost), als weiträumige Umfahrung der Landeshauptstadt, geprüft werden. Auch der Einsatz von Verkehrspolizistinnen und Verkehrspolizisten entlang der Ortsdurchfahrt der B1 soll zum flexibleren Aufrechterhalten des Verkehrsflusses und damit unabhängig von starren Ampelphasen geprüft werden.

- 6.19. Ermäßigter Eintritt für Freiwillige des BFD in städtischen A0081/24  
 Einrichtungen  
 Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz (VII. Wahlperiode)  
 WV v. 04.04.2024
- 

Der Antrag A0081/24 wurde von der Fraktion Gartenpartei **zurückgezogen**.

**Neuanträge**

6.20. Reparieren statt kassieren! A0241/24

Fraktion Gartenpartei

---

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion Tierschutzpartei und Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0241/24 in die Ausschüsse FG und StBV und der Fraktion Grüne/future! und Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt – Überweisung des Antrages A0241/24 in den Ausschuss StBV – vor.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 34 Ja-, 5 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Der Antrag A0241/24 wird in die Ausschüsse FG und StBV überwiesen.

6.21. Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg beenden A0242/24

Fraktion AfD

---

Der Antrag A0242/24 wird von der Fraktion AfD von der heutigen Sitzung **zurückgestellt**.

6.22. Tempo 30 in der Kritzmannstraße A0243/24

Fraktion Gartenpartei

---

Es liegt der GO-Antrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0243/24 in die Ausschüsse FG und StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 33 Ja-, 10 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0243/24 wird in die Ausschüsse FG und StBV überwiesen.

- 6.23. Vollzeitäquivalente für den Aufgabenbereich „Gender Mainstreaming“ einsparen! A0244/24  
Fraktion AfD
- 

Es liegen die GO-Anträge der CDU/FDP Stadtratsfraktion und Fraktion AfD – Überweisung des Antrages A0244/24 in die Ausschüsse FG und FuG – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 25 Ja-, 20 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0244/24 wird in die Ausschüsse FG und FuG überwiesen.

- 6.24. Otto-Hotspot in der Lakenmacher-Halle A0240/24  
Fraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt
- 

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0240/24 in den Ausschuss BSS – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 42 Ja-, 0 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0240/24 wird in den Ausschuss BSS überwiesen.

- 6.25. Sparausschuss bilden - Einsparpotenziale identifizieren A0245/24  
Fraktion AfD
- 

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion AfD – Überweisung des Antrages A0245/24 in den Ausschuss FG – vor.

Der vorliegende GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0240/24 in den Ausschuss BSS – wird vom Stadtrat **abgelehnt**.

Stadtrat Reek, Fraktion AfD, bringt den Antrag A0240/24 umfassend ein.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris bittet darum, den vorliegenden Antrag A0240/24 abzulehnen mit dem Hinweis, dass die Verwaltung eine große Projektgruppe zu dieser Thematik gebildet habe und die Zuständigkeit auch bei dem Ausschuss FG liegt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 11 Ja-, 33 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 205-006(VIII)24

Der Antrag A0245/24 –

Der Stadtrat bildet aus seiner Mitte für die Dauer eines Jahres einen beratenden Ausschuss zur Identifizierung von Einsparpotenzialen im kommunalen Haushalt, kurz „Sparausschuss“. Die städtische AG Haushaltskonsolidierung soll zu dessen Sitzungen Bericht zu ihrer Tätigkeit erstatten. –

wird **abgelehnt**.

6.26.       Erweiterte Realität für den Breiten Weg  
Fraktion AfD

A0246/24

---

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Tierschutzpartei und Fraktion AfD – Überweisung des Antrages A0246/24 in die Ausschüsse K, FG und WTR – vor.

Das Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag (21 Ja-, 22 Neinstimmen und 2 Enthaltungen) wird vom Vorsitzenden der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadt mit 25 Ja-, 21 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0246/24 wird in die Ausschüsse K, FG und WTR überwiesen.





6.29. Magdeburg spricht miteinander – Austausch in Magdeburg fördern

A0249/24

Fraktion Grüne/future!

---

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Grüne/future! und Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt – Überweisung des Antrages A0249/24 in die Ausschüsse GeSo, K, FUG und in den Migrationsbeirat – vor.

Der vorliegende GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0249/24 in die Ausschüsse GeSo, K, FuG und in den Migrationsbeirat –

wird vom Stadtrat mit 20 Ja-, 26 Neinstimmen und 0 Enthaltungen **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 16 Ja-, 25 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 206-0006(VIII)24

Der Antrag A0249/24 –

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt **zu prüfen, wie** eine interkulturelle und intersoziale Kontaktbörse für Magdeburger\*innen nach dem Vorbild „Deutschland spricht“<sup>1</sup> umgesetzt werden kann. Die Kontaktbörse soll Magdeburger\*innen mit unterschiedlichen kulturellen und sozialen Hintergründen ins Gespräch bringen.

Dafür sollen die Menschen die Möglichkeit haben sich in der Kontaktbörse zu registrieren und für ein Gespräch mit einer Person mit einem anderen sozialen Hintergrund „gematched“ werden. Diese persönlichen Gesprächstermine sollen nach Möglichkeit in regelmäßigen Abständen stattfinden und wenn möglich in andere Veranstaltungen (z.B. Tag der offenen Rathaustür) in der Landeshauptstadt integriert werden.

Für die Prüfung ist auch das Gespräch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zu suchen, um zu evaluieren, ob diese die technische und organisatorische Umsetzung eines solchen Vorhaben eingebunden werden können. –

wird **abgelehnt**.

---

- 6.30. Wiederbenennung von Buttergasse und Spiegelbrücke A0250/24  
 Fraktion Grüne/future!
- 

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Grüne/future! – Überweisung des Antrages A0250/24 in den Ausschuss KRB und in die AG Straßennamen – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 43 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0250/24 wird in den Ausschuss KRB und in die AG Straßennamen überwiesen.

- 6.31. Neue Formen der Begrünung der Freiflächen in Kitas und Schulen A0251/24  
 Fraktion Grüne/future!
- 

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion Tierschutzpartei – Überweisung des Antrages A0251/24 in die Ausschüsse FG, BSS und in die BA KGM und BA KKM – und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0251/24 in den Ausschuss FuG – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 29 Ja-, 17 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0251/24 wird in die Ausschüsse FG, BSS, FuG und in die BA KGM und BA KKM überwiesen.

- 6.32. Beirat für Menschen mit Behinderung A0252/24  
 Fraktion Grüne/future!
- 

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion Tierschutzpartei – Überweisung des Antrages A0252/24 in die Ausschüsse KRB und GeSo und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0252/24 in den Ausschuss FuG – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 32 Ja-, 11 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0252/24 wird in die Ausschüsse KRB, GeSo und FuG überwiesen.

- 6.33. Illegalen Moscheebetrieb unterbinden! A0253/24  
Fraktion AfD
- 

Es liegen die GO-Anträge der CDU/FDP Stadtratsfraktion und Fraktion AfD - Überweisung des Antrages A0253/24 in die Ausschüsse KRB und StBV vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 26 Ja-, 19 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0253/24 wird in die Ausschüsse KRB und StBV überwiesen.

- 6.34. Satzungsänderung Seniorenbeirat A0255/24  
CDU/FDP- Stadtratsfraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Grüne/future! – Überweisung des Antrages A0255/24 in den Ausschuss KRB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 43 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0255/24 wird in den Ausschuss KRB überwiesen.

- 6.35. Wie weiter mit dem Kaiser-Otto-Fest? A0256/24  
CDU/FDP- Stadtratsfraktion
- 

Es liegen die GO-Anträge der CDU/FDP Stadtratsfraktion und Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt – Überweisung des Antrages A0256/24 in die Ausschüsse K, FG und WTR und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0256/24 in den Ausschuss FuG – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 36 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0256/24 wird in die Ausschüsse K, FG, WTR und FuG überwiesen.

- 6.36. Ein Zeichen für mehr Familienfreundlichkeit in Magdeburg A0257/24  
 CDU/FDP- Stadtratsfraktion
- 

Es liegen die GO-Anträge der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt – Überweisung des Antrages A0257/24 in den EB KGM und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0257724 in die Ausschüsse FuG und GeSo – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 44 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0257/24 wird in die Ausschüsse FuG und GeSo und in den EB KGM überwiesen.

- 6.37. Umgang mit der landeseigenen Marina im Bereich des B-Plans A0254/24  
 Fahlberglis  
 Fraktion Tierschutzpartei
- 

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0254/24 in die Ausschüsse KRB und UwE – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0254/24 wird in die Ausschüsse KRB und UwE überwiesen.

- 6.38. Einbeziehung der Ideen der Schülerinnen und Schüler der A0258/24  
 Gemeinschaftsschule "Thomas Mann" in die  
 Schulumfeldgestaltung entlang der Cracauer Straße  
 Fraktion Tierschutzpartei
- 

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0258/24 in die Ausschüsse BSS und StBV– vor.

Stadtrat Papenbreer, Fraktion Tierschutzpartei, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 36 Ja-, 6 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0258/24 wird in die Ausschüsse BSS und StBV überwiesen.

- 6.39. Planreife für sämtliche Bauabschnitte gemäß §33 BauGB, B-Plan Nr. 483-5 "ehemaliges RAW- Gelände" A0261/24  
Fraktion Gartenpartei
- 

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0261/24/1 der Fraktion Gartenpartei vor.

Es liegt der GO-Antrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion und Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt – Überweisung des Antrages A0261/24 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 36 Ja-, 6 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0261/24 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0261/24/1 wird in die Beratungen mit einbezogen.

- 6.40. Öffnungszeiten des Kundenzentrums der MVB A0262/24  
einwohner:innennah gestalten  
Fraktion DIE LINKE
- 

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0262/24 in die Ausschüsse FuG, GeSo und StBV und der Ratsfraktion SPD/Tierschutzallianz/Volt – Überweisung des Antrages A0262/24 in die Ausschüsse KRB und StBV – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 35 Ja-, 8 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0262/24 wird in die Ausschüsse FuG, GeSo, KRB und StBV überwiesen.

## 7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

---

Bürger 1

Ich wohne in Buckau und ich glaube, dass dieses Problem, viele betrifft. Ich bin Krankenpfleger und Sozialarbeiter und ich nutze regelmäßig die MVB: Ich habe an der Haltestelle Alter Markt den Fahrplan ab fotografiert und da sehe ich, dass jede Stunde eine Verbindung mit Sternchen gekennzeichnet. Und da steht dann immer, *„Bitte beachten Sie, Fahrten, die mit einem Sternchen gekennzeichnet sind, sind abhängig von der Verfügbarkeit der Straßenbahnen und können ggf. ausfallen.“* Meine Erfahrung ist, auf der Linie 2, ob das jetzt nach Westerhüsen ist oder in die Stadt rein, jede dieser Bahnen ist ausgefallen. Wurde eine neue Taktung beschlossen?

Antwort des Beigeordneten für Umwelt und Stadtentwicklung Herr Rehbaum:

Eingehend auf die Fragestellung merkt Herr Rehbaum an, dass er den Unmut verstehen kann. Er führt aus, dass es in der Tat so ist, dass es Personalengpässe bei der MVB gibt und darüber hinaus auch die Fahrzeugverfügbarkeit nicht immer gegeben ist. Dadurch kommt es zu diesen misslichen Situationen. Er erklärt, dass derzeit an der Neugestaltung des Liniennetzplanes gearbeitet wird und bestimmte Linien, die nicht ausgelastet sind, so verändert werden, dass andere Linien eine höhere Stabilität bekommen. Er betont aber, dass es aufgrund von fehlendem Personal und Bahnen teilweise schwierig sei. Aus diesem Grund wird jetzt versucht, das zu kompensieren, indem andere Linien, die nicht vollständig ausgelastet sind, modifiziert werden und die dadurch freiwerdenden Züge so eingesetzt, dass solche Ausfälle nicht mehr passieren.

Bürger 2

Schönen guten Abend und vielen Dank. Das ist total ungewohnt. Meistens gucke ich die ganzen Leute an, heute werde ich komplett angeschaut. Ist aber auch nicht schlimm.

Sehr geehrte Stadträtinnen, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin.

Ich spreche heute als Teil des Linken Stammtisches Süd-Ost als Sprecher der GWA Buckau und vor allem als Bürger zu Ihnen.

Wie Sie sicherlich alle wissen, klafft in Buckau nach dem Rückzug von ALDI im Jahr 2022 eine große Versorgungslücke. Viele Menschen im Quartier sind auf einen Nahversorger in unmittelbarer Nähe angewiesen. Menschen sind extra wegen der hervorragenden Infrastruktur – ÖPNV, Ärzte und eben alle Nahversorger – in das Quartier rund um die Klosterbergstraße gezogen. Diese Menschen sind mittlerweile älter oder gar alt geworden. Viele sind in der Mobilität eingeschränkt. In Zeiten steigender Preise und der zunehmenden Armut, auch unter jungen Menschen, ist somit eine breite Bevölkerungsschicht in Buckau betroffen. In den letzten zwei Jahren stand das Thema Nahversorger oft auf der Tagesordnung der Versammlung der GWA Buckau. Dass leider betroffene Buckauer\*innen immer wieder zu hören und keine Antwort und keine Lösungsvorschläge zu haben, macht selbst betroffen. Als Teil des Linken Stammtisches war ich selbst aktiv an der Unterschriftensammlung beteiligt und konnte in vielen Gesprächen das Leid von den Betroffenen anhören. Die ehrenamtliche Arbeit des Linken Stammtisches Süd-Ost hat es in kurzer Zeit geschafft, sich mit vielen Betroffenen auseinanderzusetzen, was Sie anhand dieser Unterschriften sehen werden.

Meine Frage an Sie, Frau Oberbürgermeisterin: Warum wurde das Thema nach Bekanntwerden des offensichtlichen Mangels nicht zur Chefsache erklärt und ist nicht auf Ihrer Agenda gelandet?

Antwort der Oberbürgermeisterin Frau Borris:

In Beantwortung der Frage teilt Frau Borris mit, dass es Chefsache gewesen ist und auch mehrfach drüber gesprochen wurde. Sie erklärt, dass es objektive Gründe gibt, warum noch kein Ergebnis vorliegt.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Umwelt und Stadtentwicklung Herr Rehbaum:

Herr Rehbaum erklärt, dass er die Unterschriftensammlung mit Interesse verfolgt habe und gespannt sei, wie viele Unterschriften am Ende zusammenkämen. Er betont, dass die Verwaltung bereits unabhängig davon aktiv geworden sei, da das Thema mehrfach in der Zeitung gestanden habe. Selbstverständlich kümmere sich die Verwaltung in solchen Fällen darum. Er erklärt, wenn ein Markt niedergebrannt und wiederaufgebaut werden solle, könne dies zunächst nur in der ursprünglichen Form geschehen, was als Bestandsschutz bezeichnet werde. Allerdings reiche dieser oft nicht mehr aus, da heutige Märkte in der Regel größere Verkaufsflächen hätten. Herr Rehbaum führt weiter aus, dass es in diesem Zusammenhang Gespräche mit Gebietsverantwortlichen von ALDI geführt und nach Lösungen gesucht wurde. Es gebe auch Ansätze, die jedoch noch nicht für die Öffentlichkeit gedacht seien. Grundsätzlich sei ALDI jedoch bereit, sich weiterhin am Standort zu engagieren und dort einen neuen Markt zu errichten. Die Details müssten jedoch noch geklärt werden.

Weiterhin führt Herr Rehbaum aus, dass man die Situation objektiv und für alle zugänglich gestalten müsse. Ein Angebot könne nur allgemein über die Bauleitplanung oder einen Bebauungsplan erfolgen. Es gehe um einen Nahversorgungsstandort, was auch in den Gesprächen thematisiert worden sei. Um eine integrierte Lage zu schaffen, solle ein Bebauungsplan wieder aktiviert und angepasst werden. Dies sei notwendig, da sich der Stadtteil Buckau in den letzten Jahren positiv entwickelt habe und flache Gebäude nicht mehr in das Stadtbild passten. Stattdessen sei eine Überbauung mit Wohnbebauung denkbar, um den urbanen Charakter des Viertels zu stärken. Zusätzlich sei die Verfügbarkeit von Flächen ein wichtiges Thema, insbesondere, ob ausreichend Flächen für Verkauf, Parkplätze usw. vorhanden seien. Es seien auch Gespräche mit Investoren nötig, unabhängig davon, welcher Markt am Ende entstehe. Die Verwaltung begleite diese Prozesse konstruktiv und bereite die Möglichkeit vor, dass ALDI im Rahmen des Bestandsschutzes oder durch eine größere Lösung bauen könne. Herr Rehbaum gibt den Hinweis, dass der Bauausschuss sich bereits für eine integrierte und urbane Entwicklung des Standorts ausgesprochen habe. Abschließend betont er, dass ALDI nur als Beispiel zu verstehen sei und das Angebot an alle Nahversorger neutral erfolgen müsse.

Herr Jannack entgegnete daraufhin, dass ihm diese Informationen nicht ausreichten. Er erklärte, dass die Menschen im Viertel sich seit zwei Jahren beklagten und dass diese Fragen immer wieder an sie, den Stammtisch und die GWA, herangetragen würden. Er forderte konkrete Informationen, wann endlich etwas geschehe.

Herr Rehbaum bestätigte, dass es eine konkrete Anfrage von ALDI gebe, über die er jedoch keine weiteren verwaltungsinternen Details nennen könne. Die Anfrage werde geprüft, und die erste Einschätzung sei durchaus positiv.



8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

---

Dem Vorschlag des 1. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herr Dr. Belas, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, alle vorliegenden Anfragen schriftlich durch die Verwaltung beantworten zu lassen, wird seitens des Stadtrates gefolgt.

9. Informationsvorlagen

---

Die unter TOP 9.1 – 9.10 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

- 9.1. Information zur Berichterstattung des Beirates für Integration/Integrationsbeauftragten für das Jahr 2023 10215/24  
(ab 16.15 Uhr) BE: Integrationsbeauftragter Herr Blau
- 

Der Integrationsbeauftragter der Landeshauptstadt Magdeburg Herr Blau stellt den Jahresbericht 2023 des Beirates für Integration und Migration vor. **(Anlage 3)**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Wigbert Schwenke  
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther  
Schriftführerin

Dr. Norman Belas  
1.stellv. Vorsitzender des Stadtrates

Anlage 1- Persönliche Erklärung des Stadtrates Rupsch, CDU/FDP Stadtratsfraktion  
Anlage 2- namentliche Abstimmung zur DS0458/24 – TOP 5.4  
Anlage 3- Redebeitrag des Integrationsbeauftragten Herrn Blau zum TOP 9.1

Anwesend:

**Vorsitzender**

Wigbert Schwenke

**Mitglieder des Gremiums**

Dr. Norman Belas

Stephan Bublitz

Nicole Anger

Dr. Beate Bettecken

Noah Biswanger

Simone Borris

Matthias Boxhorn

Florian Bühnemann

Rainer Buller

Aila Fassel

Robert Fietzke

Rebekka Grotjohann

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Margot Häfner

Philipp Händler

Tobias Hartmann

Marika Heinrichs

Bernd Heynemann

Dennis Jannack

Lucas Kemmesies

Kornelia Keune

Oliver Kirchner

Hagen Kohl

Steffen Kraus

Ronny Kumpf

Stephan Leitel

Madeleine Linke

Olaf Meister

Christian Mertens

Steffi Meyer

Kevin Michalzik

Stefanie Middendorf

Dr. Jan Moldenhauer

Burkhard Moll

Uwe Muelbredt

Stephan Papenbreer

Julian Reek

Tim Rohne

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Florian Ruß

Julian Schache

Evelin Schulz

Timo Schulze

Frank Schuster

Ulf Steinforth

Thomas Wendler

Dr. Thomas Wiebe

Roland Zander

Dr. Niko Zenker

**Abwesend - entschuldigt**

Christoph Abel

Julia Lehnert

Dr. Kathrin Meyer-Pinger

Oliver Müller

Carola Schumann